

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1,20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Seitzer Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7503.

Anzeigen: In Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einseitige  
Rechtzeit oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 15.

Sonnabend, den 12. April 1913.

17. Jahrgang.

## Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. —  
Zur Agitation. — Die Steinindustrie im Großherzogtum Baden. II.  
— Die Bundesratsverordnung ist für unsern Betrieb überflüssig!  
— Ein großzügiges Pflasterungs-Programm. — Sabotage! — Die örtlichen  
Verhandlungen im Baugewerbe. — Die Pflastersteinindustrie  
im badischen Schwarzwald. — Mittelalterliches aus der Gegenwart. —  
Korrespondenzen. — An die Kaffeeer! — Rundschau. —  
Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Versammlungskalender. —  
Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Eine Doktor-Dissertation über die Fichtelgebirgs-Granitindustrie. —  
Ein neues Kampfmittel gegen die Arbeiter-schaft. — Der Kampf um die  
Arbeiterversicherung. — Straußenschriften. — Literarisches. —  
Feuilleton: Warum man ins Wasser baute. — Ein künstlicher Robinson.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

**Gesperzt sind:** München: Fa. Stieglmeier, am Museumsbau. —  
Koth a. S.: Granitwerk Wieser.

**Selters (Westerwald).** Die Lohnbewegung der Kollegen ist mit Erfolg beendet. Es wurde für die Bearbeitung von Tracht ein Tarif nach Flächen und Gliedern abgeschlossen. Der Tarif läuft bis zum 1. März 1915.

**Köln bei Hof.** Das Hartsteinwerk Frank & Weidener hat einen Teil der Arbeiterschaft entlassen. Darauf stellen auch die übrigen Arbeiter die Arbeit ein. Die Kollegen forderten den Abschluß eines Tarifvertrages. Diese Firma, welche meist nur für Behörden liefert, ist als arbeiterfeindlich bekannt.

**Königsberg.** Die Tarifverhandlungen scheinen zu scheitern. Zugang ist fernzuhalten.

**Hafferode (Harz).** Die Leitung des Granitwerks „Steinerne Kerne“ hat bis heute den Tarif noch nicht anerkannt. Wir ersuchen deshalb alle Kollegen, Steinmengen sowie Schleifer, Arbeitsangebote nach hier abzulehnen.

**Saarbrücken.** Im Granit- und Marmorwerk P. Burger haben sämtliche Kollegen wegen Tarifbruch und Maßregelung des Vorstehenden die Kündigung eingereicht. Zugang ist deshalb fernzuhalten.

**Saasdorf.** Die Kollegen stehen in Lohnbewegung. Um Fernhaltung des Zugangs wird ersucht.

**Ober-Weilau.** Die Marmor- und Granitfirma Thust kündigte am 31. März sämtliche Tarife mit der Bemerkung, die neuen Vorlagen erst später zu überreichen. Unsere Kollegen reichten darauf ihre neuen Tarife am 31. März ein und sehen einer Verhandlung entgegen.

**Mülsenbach (Schwarzwald).** Entgegen verschiedenen Gerüchten stellen wir fest, daß der Arbeitsaufnahm bei der Firma Vereinigte Granitwerke Seebach u. Kander n nichts im Wege steht. Mit der Firma wurde ein neuer Vertrag abgeschlossen, der gegenüber dem bisherigen eine Anzahl Verbesserungen enthält.

**Hornberg (Schwarzwald).** Mit der Firma Granitwerke Hornberg kam erstmalig ein Tarifvertrag zustande. Für Pflasterer auf Grundlage der üblichen Schwarzwälder Pflasterer-Tarife. Für Reinarbeiter erkennt die Firma den Allgemeinen Schwarzwaldtarif an.

**Königsbrunn (Laußig).** Hier kam der Bezirkstarif für Demit-Lumitz zum Abschluß. Am Vertrage sind etwa 190 Kollegen interessiert.

**Sapfirer Wald.** Die Verhandlungen wegen Abschluß eines Bezirkstarifs für die Pflastersteinbranche sind im Gange.

**Hlonheim.** Der Streit ist beendet; die Firma Schneider bleibt gesperrt.

**Kaiserslautern.** 70 Sandsteinmengen sind in den Streit getreten.

**Köln I.** Für die Steinmehlbetriebe, welche ständig oder vorwiegend Beton resp. Kunststein bearbeiten, ist am 2. April folgender Lohnsatz vereinbart worden: Ab 1. April 1913 80 Pfg., ab 1. April 1914 85 Pfg. und ab 1. April 1915 90 Pfg. Im übrigen gelten für diese Betriebe die Bestimmungen des mit dem Arbeitgeberverband abgeschlossenen Haupttarifs. Ueber die Firma Dunkel & Kf, die sich weigerte, den Tarifvertrag zu unterschreiben, ist die Sperre verhängt.

**Beiersdorf, Oppach, Neujah, Laubenheim und Sohland.** Die Schleifereibesitzer lehnen zentrale Verhandlungen ab. Ein Kampf scheint unvermeidlich zu sein. Viele Kollegen sind gesonnen, unverzüglich abzureifen.

**Dörnberg-Weimar.** Bei der Firma Franz Sauch & Co. haben die Arbeiter wegen wiederholter Maßregelung die Arbeit niedergelegt.

**Dresden.** Die Lohnbewegungen im Steingewinnungsgebiet, in der Marmor- und Grabsteinbranche sind mit Erfolg beendet. Zugang von Granitarbeitern nach Dresden und Lohmen ist noch fernzuhalten.

**Königsbrunn.** Die Verhandlungen sind bisher resultatlos verlaufen. Ueberdies lehnen die Unternehmer jede weitere Verhandlung ab.

**Beutha.** Nach Redaktionsluß wird uns gemeldet, daß die Tarifverhandlungen wahrcheinlich friedlich beendet werden. Für die Pflastersteinmacher fanden am 8. April gemeinschaftliche Verhandlungen statt.

## Zur Agitation.

Ein gewaltiges Heer von Arbeitern ist in den freien Verbänden vereinigt. Hunderttausende von Mitgliedern konnten die Gewerkschaften in den letzten Jahren gewinnen; ein Beweis, wie zugkräftig das Programm der Gewerkschaften gewertet werden muß. Wenn man zurzeit die Spalten der Zeitungen, also auch die der bürgerlichen, studiert, wird man finden, daß dem Thema: Wirtschaftskämpfe der Arbeiter, ein breiter Raum gewährt wird. Die gewerkschaftlichen Kämpfe können eben von der Presse nicht mehr ignoriert werden.

In der Steinindustrie werden zurzeit eine große Anzahl von Lohnbewegungen durchgeführt, die wir agitatorisch bedeutend geschäfter ausnützen müssen. Es finden doch zurzeit eine Unmenge von Versammlungen statt; da ist es in erster Linie nötig, daß die Unorganisierten in dieselben dirigiert werden. Bei einer halbwegs geschickten Vorarbeit wird dieses auch gelingen. In den Versammlungen muß dafür gesorgt werden, daß die Unorganisierten ohne Umschweife über den Wert des Verbandes aufgeklärt werden. Da braucht nicht immer ein Referent anwesend zu sein. Es gibt in jeder Zahlstelle Kollegen, welche den Wert des Verbandes in großen Umrissen darlegen können. Allerdings muß in den Versammlungen, welche hauptsächlich agitatorischen Zwecken dienen sollen, strengstens dafür gesorgt werden, daß jeder persönliche Zank vermieden wird. So oft müssen wir die Wahrnehmung machen, daß es wegen den unbedeutendsten örtlichen Dingen zu großen Auseinandersetzungen kommt, welche der gewerkschaftlichen Sache sehr schaden. Die Versammlungsleiter müssen deshalb in weiser Vorsorge dahin wirken, daß alles unterbleibt, was dem Ansehen des Verbandes Schaden zufügen könnte. Wir meinen dabei nur die persönlichen Auseinandersetzungen, welche in keine Versammlung gehören. Wenn der Vorsitzende in dieser Hinsicht ein reichliches Maß von Energie hat, so ist er seiner Aufgabe in vollem Umfange gewachsen.

Auf eine Erscheinung im Versammlungsleben sei besonders hingewiesen: nämlich auf die Kritiker und Nörgler, denen absolut nichts recht zu machen ist. Diese Leute denken, was sie Wundervolles geleistet haben, wenn sie mit Aufbietung einer erheblichen Lungentracht die Verbandseinrichtungen in schärfster Weise kritisieren. Es gibt leider Leute im Verband, die jeden Tarifabschluß kritisieren, weil vielleicht einige Positionen nicht nach ihrem Geschmack ausgefallen sind. Und man kann sicher sein, daß sie noch auf Beifall rechnen können, wenn sie sich wieder einmal richtig ausgeschleimt haben. Das ist dann das Mergelische, weil diese Leute, die immer recht haben wollen, niemals bedenken, wie ungemein schwer es überhaupt geworden ist, heute Lohnzulagen herauszuholen zu können, die alle Beteiligten befriedigen.

Wenn diese Kritiker nur einige Jahre zurückdenken wollten, wie früher die meisten Hartsteinindustriellen von Tarifverträgen überhaupt nichts wissen wollten. Wenn man die heutigen Erfolge betrachtet, dann kann man auf die glänzende Leistungsfähigkeit unres Verbandes sehr stolz sein. Unsere Meinung geht dahin, daß die erzielten tariflichen Erfolge nicht genügend gewürdigt werden. Diese Nörgler täten sehr gut, wenn sie diesen Hinweis befolgen möchten. Wenn man sich hervortun will, dann muß man nicht immer den Gaul der Kritik reiten. Es gibt so viel und so schlagendes über den großen Wert der Gewerkschaften zu berichten, daß man keine Blicke auf das schöne und bisher positiv geleistete innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung ebenfalls richten könnte.

Wenn in manchen Orten über den schlechten Versammlungsbesuch geklagt wird, so dürfte häufig an dieser Weise die eingeriffene Nörglerlust daran ein Teil Schuld haben. Und gerade jetzt, wo wir die Aussicht haben, daß eine bedeutende Mitgliedersteigerung eintreten wird, möchten wir diejenigen Kollegen, welche immer nur kritisieren, gebührend darauf verweisen, daß sie mit ihrem Treiben verbandsschädigend handeln.

## Die Steinindustrie im Großherzogtum Baden.

II.

Die großen Gefahren und gesundheitlichen Schädigungen in der Steinindustrie machten schon frühzeitig ein gesetzliches Eingreifen erforderlich. Neben den Unfallverhütungsvorschriften bestanden badische Verordnungen von 1887 und 1890, die Vorschriften enthielten über Sprengarbeiten, Anlage und Abbau der Brüche, sowie die Ueberwachung regelten. 1902 erfolgte dann die erste reichsgesetzliche Regelung durch die Bundesratsverordnung betr. die Einrichtung und den Betrieb von Steinbrüchen und Steinhauereien. Auch diese Verordnung ist das Resultat der Bemühungen des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands, der in einer umfangreichen Denkschrift an Reichstag und Bundesrat die Zustände in der Steinindustrie darlegte. Im Jahre 1909 erfolgte auf Verreiben des Verbandes eine Ergänzung und klarere Formulierung der Verordnung. Die Aufsicht über die Betriebe der Steinindustrie war in Baden geteilt zwischen der Gewerbeinspektion und der Straßenbauinspektion. 1910 wurden dann sämtliche Betriebe der Gewerbeinspektion unterstellt, wohl auch infolge der bereits oben erwähnten Petition des Steinarbeiterverbandes an den badischen Landtag. Zur Sicherung einer einheitlichen Kontrolle wurde ferner ein technisch vorgebildeter Beamter mit der Beaufsichtigung der Steinbrüche betraut. Neben dem Gewerbeaufsichtsamts beteiligten sich an der Betriebsrevision die Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften. Da nun neben der Steinbruchsberufsgenossenschaft noch eine Reihe

andere Berufsgenossenschaften in Frage kommen (z. B. sind viele Unternehmer in der Baugewerkschaftsberufsgenossenschaft versichert, weil dort die Beiträge infolge der geringeren Unfallgefahr niedriger sind), so ist die Durchführung der Revisionen nach einheitlichen Grundsätzen sehr erschwert. Revisionsarbeiten des einen Beamten werden mit dem Hinweis widerlegt, daß gleiche Mißstände in benachbarten Betrieben von andern Beamten ungerügt bleiben.

Den gleichfalls zur Revision herangezogenen Polizeibeamten fehlt meist jede praktische Kenntnis. Durch belehrende Vorträge in den Bezirksversammlungen der Gendarmerie und Ausgabe einer gedruckten Anweisung an diese wurde versucht, das Verständnis der Polizeibeamten für die Kontrolle der Steinbrüche zu wecken.

Daß trotz einer so regen Revisionsstätigkeit die Verhältnisse noch nicht besser geworden sind, hat seine Ursache darin, daß in keinem anderen Betrieb so schnell Veränderungen eintreten wie im Steinbruch. War heute der Betrieb vorchriftsmäßig in Stand gesetzt, so ist morgen durch eine größere Sprengung das Bild total verändert, und es bedarf gewissenhafter Arbeit, um wieder geordnete Zustände herbeizuführen. Bestrafungen herbeizuführen ist sehr schwer, weil die nachträgliche Feststellung des Tatbestandes kaum möglich ist, wenn seitens der Unternehmer gerichtliche Entscheidung beantragt wird, infolge der schnellen Veränderung der Bruchverhältnisse.

Hinsichtlich der Durchführung der Bundesratsverordnung sagt der Bericht wörtlich mit vollem Recht:

„Dieses Arbeiterschutzgesetz ist nun in seinen hauptsächlichsten Vorschriften 10 Jahre in Kraft, und die Uebergangszeit ist längst verstrichen. Wenn heute noch beagene verstoßen wird, so handelt es sich nicht mehr um Unkenntnis des Gesetzes, sondern um mangelnden guten Willen, oder um eine Verständigheitslosigkeit, wie sie gerade in der Steinindustrie, bei der sozialen Stellung vieler Kleinunternehmer und bei deren Anschauungsweise der Schutzgesetzgebung gegenüber, häufig zu finden ist.“

Die in der Verordnung erlassenen Vorschriften über Errichtung von Schuttbüchsen oder Arbeitsbüden, Aufenthaltsräumen mit Wärmevorrichtungen, Bedürfnisanstalten lassen noch alles zu wünschen übrig; ebenso die Beschaffung von geisubtem Trinkwasser und Wasser zum Besenken der Werkstücke und des Fußbodens zur Verminderung der Staubentwicklung.

Die Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitszeit von 9 resp. 10 Stunden bedurfte zur Durchführung einer verhältnismäßig langen Zeit und noch heute sind die Verstöße zahlreich. Das gleiche gilt vom Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlicher Arbeiter. Sehr häufig kann man noch an den Landstraßen Schulkinder antreffen, die trotz strengen Verbotes mit Steinläppen beschäftigt sind. Besonders verwerflich ist diese verbotswidrige Kinderausbeutung, da sie für Gemeindeverwaltungen erfolgt.

Ueßerst zahlreich sind Verstöße gegen die Sprengstoffvorschriften. Würden alle Verstöße gegen diese Vorschriften zur Anzeige gelangen, so würden wenige Uebernehmer, Betriebsleiter und auch Arbeiter übrig bleiben, die noch straffrei sind. Der größte Teil der Arbeiter ist sich beim Umgang mit Sprengstoffen seiner Strafbarkeit nicht im entferntesten bewußt. Der Arbeiter, der auf genaue Einhaltung der Vorschriften bestehen würde und sich weigerte, den zur Gewohnheit gewordenen Gebrauch mitzumachen, könnte bald sein Bündel schnüren. Die Gewerbeunternehmer können sich nur sehr schwer dazu verstehen, die auch im Interesse der Betriebsicherheit dringend gebotenen gesetzlichen Vorschriften einzuhalten und betrachten strikte Einhaltung derselben durch Arbeiter als Skandale.

Ueber die allgemeine Lage der Steinindustrie sagt der Bericht, daß die meisten Betriebe in einem Zustand erster wirtschaftlicher Kämpfe stehen. Ueberproduktion und gegenseitige Unterbietung haben Gesehungskosten und Verkaufspreise in ein so ungünstiges Verhältnis gebracht, daß von einer angemessenen Rentabilität nicht gesprochen werden kann. Die Eröffnung eines Steinbruchs erfordert verhältnismäßig wenig Anlagekapital. Dadurch lassen sich viele verkleinerte Betriebe zu eröffnen, obwohl ihnen alle technischen und kaufmännischen Vorkenntnisse fehlen.

Es ist trotzdem, diesen Existenzkampf zu beobachten, der sich besonders häufig in der Granitindustrie wiederholt, wo ein häßliches Entsetzen und Vergehen von kleinen und kleinsten Betrieben vorherrscht, wo der heute noch selbständige Uebernehmer morgen zum Unterakrobat und gar bald wieder zum Arbeiter wird. Niemand ergötzt sich die Kleinunternehmer aus Italienern, die wirtschaftlich und sozial auf einer oft recht niedrigen Stufe stehen und sich von den ihnen beschäftigten italienischen Arbeitern kaum oder gar nicht unterscheiden. Meist liefern sie nur für Großunternehmer und sind wegen der Ersparnis aller sozialen Vorkosten in der Lage, die Arbeiten zu konkurrenzlosen Säben übernehmen zu können.

Diese Parasiten des Gewerbes, die weder Unternehmer, noch Arbeiter sind, führen nicht nur für ihre Person eine elende Existenz, sondern drücken auch im allgemeinen die Preise und ziehen weite Kreise dadurch in Mitleidenschaft. Die größeren Firmen stimmen darüber jetzt bewegliche Klagen an, aber gerade sie sind es gewesen, die den heutigen unhaltbaren Zustand geschaffen haben durch Uebertragung von Arbeiten an solche Existenzen. Dieses und auch die Tatsache der Auftragserteilung von Staatsbehörden an Leute, die gar keine Brüche besitzen und die übernommenen Arbeiten von Unterakrobatanten fertigstellen lassen, wäre eine wertvolle Ergänzung des Berichtes gewesen. Was nützen angesichts derartiger Vorkommnisse die schönsten Reden der Regierungsvertreter im Landtag?

Von den allgemeinen Umwälzungen im Gewerbe wurde die Sandsteinindustrie am härtesten getroffen. Ursprünglich bestand hier eine weitgehende Arbeitsteilung zwischen Steingewinnung und Weiterverarbeitung. Steingewinnung und Weiterverarbeitung befanden sich als selbständige Betriebe in allen größeren Städten. Das unarbeitete Rohmaterial wurde von den Brüchen bezogen und in den Städten fertiggearbeitet. Bald bemächtigten sich aber die Bruchbetriebe der Vauaufträge, legten eigene Steinhauereien in den Brüchen an und konnten aus vielfach naheliegenden Gründen zu konkurrenzlosen Preisen liefern. Aus diesen Gründen wurde das einst blühende Steinhauergewerbe aus den Städten verdrängt und heute mit wenigen Ausnahmen der Vergangenheit an.

Dieser schmerzhaften Umwälzung folgte eine weitere noch verderbliche, die die Annäher der verarmten Steinbrüche und Steinhauerebetriebe ihres Gewinnes schnell verbrauchte. Am schnellsten dem Naturstein ein Gegner, der ihn mehr und mehr vom

Markt zu verdrängen droht. Eisenbetonbau, Kunststein und Pflasterstein erobert auf Kosten des Natursteins immer mehr das Feld. Sowie letzterer aber noch zur Verwendung kommt, geschieht dies in den einfachsten Formen und den beschränktsten Ausmessungen. Wiederholt wurde auch geklagt über die Konkurrenz außerhalb Badens. Seitens der badischen Regierung ist auch in einem Erlass die Verwendung heimischer Natursteine für Staatsbauten empfohlen worden. Eine strikte Ausschließung nichtbadischer Steine für Staatsbauten würde aber abgelehnt, da eine derartige Maßnahme in benachbarten Staaten sofort zu Gegenmaßnahmen führen würde, die keineswegs im Interesse der heimischen Industrie liegen. Die Pflastersteinindustrie erfreut sich im Gegensatz zu den anderen Branchen des Gewerbes eines fortgesetzten Aufschwunges (trotz aller beweglichen Klagen über die schwedische Konkurrenz).

## Die Bundesratsverordnung ist für unsern Betrieb überflüssig!

Die Verhängung der Arbeiterstundengesetzgebung muß man es nennen, wenn man sich die Verhältnisse im Maschinenbau der Firma Carl Gröner in Schürren in Westfalen (Kreis Hördt) anschaut. Die Firma beschäftigt Zeilmengen, Steinbrecher und Steinlöhner, sowie Tagelöhner. Das gewonnene Material findet in Werkstätten, Pflastersteinen und Straßenbaumaterialien Verwendung. Jumeit sind ausländische Arbeiter beschäftigt.

Obwohl die Bundesratsverordnung schon über 10 Jahre besteht, sieht man hier in dem Betriebe nicht eine Spur von ihrer Durchführung. Es wird keine geregelte Arbeitszeit eingeführt, die Ausübung der Bundesratsverordnung wird als überflüssig betrachtet. Eine Arbeitsordnung, die nach dem Gesetz (Gesetzverordnung) auch vorhanden sein müßte, sucht man vergebens.

Die Bundesratsverordnung besagt, daß Steinbrecher und Tagelöhner im Steinbruch nur 10 Stunden arbeiten dürfen, die Firma bestimmt hier wird von Tagesgraben bis in die sinkende Nacht gearbeitet. Die Ripper, welche Pflastersteine herstellen, dürfen nur 9 Stunden arbeiten, weil es nach den Entscheidungen der Gerichte als eine weitere Verarbeitung von Sandstein anzusehen ist. Die Firma erklärt: Ihr sollt vor den andern Arbeitern nichts voraus haben, folglich wird pro Tag 11, im Sommer sogar bis 13 Stunden gearbeitet.

Wohl gibt der Bruchmeister im Steinbruch dann und wann ein Signal, aber kein Mensch weiß, was es bedeutet. Vielleicht sind es Vorübungen, um ein harmonisch abgestimmtes Schlusssignal herauszufinden? Von einer Einhaltung der Pausen kann auch keine Rede sein, die Frühstückspause ist für die große Zahl der im Steinbruch beschäftigten Arbeiter viel zu klein.

Die vorgeschriebene tägliche Reinigung wird als Luxus betrachtet, wir sagen nicht zu viel, wenn wir behaupten, daß mancher Schweinehals in Schürren einen besseren Eindruck bezüglich der Sauberkeit macht. Die Arbeiter sind, soweit noch solche vorhanden sind, in einem trostlosen Zustande, man könnte fast meinen, irgendein Hochwasser habe sie angeschwemmt.

Die auf den Bahnhöfen beschäftigten Arbeiter haben überhaupt keinen Schuttraum, mögen sie noch so nah werden, dann haben sie keine Gelegenheit, sich zu trocknen. Anscheinend denkt der Verwalter in solchen Fällen, laßt sie fleißig arbeiten, dann werden sie schon trocken werden.

Die Worte spotten jeder Beschreibung und sind auch nicht in irgend einer Anzahl vorhanden. Nun ist die Frage noch berechtigt, haben denn die Arbeiter nicht den Weg der Selbsthilfe betreten? Haben sie nicht die Abstellung der Missetaten von der Betriebsleitung gefordert? Ist diese denn so rücksichtslos, um wenigstens einigermaßen den Bestimmungen des Gesetzes nachzukommen? Der nachfolgende Dialog wird Auskunft geben.

Der Bruchmeister zum Arbeiter: Mir ist mitgeteilt worden, Sie sollen derjenige sein, der unten an der Ruhr das Signal gegeben ist, daß die Ripper an der Ruhr nur 9 Stunden arbeiten dürfen?

Der Arbeiter: Ja, das ist mein Bestreben gewesen, weil es das Gesetz und auch die Gesundheit verlangt.

Der Bruchmeister: Sie sollen auch gesagt haben, Sie würden dafür sorgen, daß das auch hier in dem Betriebe eingeführt würde.

Der Arbeiter: Nein, ich habe nur gesagt, es würde hier auch für Ordnung gesorgt werden, aber der Verband würde das machen.

Der Bruchmeister: Dann ist Ihnen hiermit mit 14 Tagen ordnungsgemäß gekündigt.

Der Arbeiter: Jomohl, es ist gut.

Der Bruchmeister machte nun ein vordringliches Gesicht, anscheinend wachte er, der Kollege A würde ein Weiterarbeit betriebl. Aber er vermaß, daß der Kollege ein sehr feines Stückgut hat.

Zum Schluß noch eine Frage. Haben in dem Betriebe Revolutionen stattgefunden? Die italienischen Arbeiter wissen davon nichts, auch den deutschen Kollegen ist nicht viel davon bekannt. Wir wollen nun aber hoffen, daß die zuständige Gewerbeinspektion schleunigst die Missetaten beiseite räumt. Es wird ja eine Perleusarbeit sein, aber was bei weit kleineren Firmen bezüglich der Durchführung der Bundesratsverordnung an der Ruhr möglich war, das muß auch hier möglich sein.

Der Großfirma mit samt ihrem Verwalter, Bruchmeister usw. muß begreiflich gemacht werden, daß auch die Bestimmungen der Bundesratsverordnung für sie Geltung haben. Lange genug brauchen sie sich nicht um die Einhaltung der Bestimmungen zu kümmern, weil ja die Arbeiter ihres Betriebes nicht organisiert waren. Aber das wird nun anders werden, denn die Kollegen haben eingesehen, wer ihre Interessen vertritt, das ist nur einzig und allein der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands.

## Ein großzügiges Pflasterungs-Programm.

Die Städte geben alljährlich große Summen für Straßenpflasterungen aus. Die Pflasterindustrie hat dadurch große Vorteile, weil es sich um enorme Aufträge handelt. Dabei haben die Unternehmer kein Mißverständnis, weil sie mit finanziellen Verlusten abzuliefern nicht zu rechnen haben. Jumeit tritt Nürnberg mit einem großzügigen Plan hervor, um die dortigen Straßenverhältnisse zu verbessern. Herr Oberingenieur Huber hat eine dementsprechende Denkschrift an den Stadtrat, welche namentlich von den städtischen Behörden einer eingehenden Prüfung unterzogen wird. Wir sagen es vorweg: Herr Huber hat keine Aufgabe wirklich von großen Schwierigkeiten aus betrachtet, dabei die Finanzfrage in geradezu sorgfältiger Weise behandelt. Die gesamte Straßenbahnlänge beträgt in Nürnberg am Schlusse des Jahres 1912: 233.908 Quadratmeter. Daran sind 106.361 Quadratmeter gepflastert mit 1.706.642 Quadratmeter mit Schotterdecke versehen. Mit gerundeten Pflaster sind 11.911 Quadratmeter bedeckt = 2,76 Prozent. Bisher hat die Stadt für Straßenbauwerke alljährlich etwa 300.000 Mark auszugeben, eine ganz erhebliche Summe. Aber Nürnberg hat sich schon in sehr beträchtlicher Richtung entwickelt, so daß diese Summen nicht genügen, um mit anderen Städten, soweit die neuzeitliche Straßenbauweise in Frage kommt, gleichen Schritt halten zu können. Hier die Kosten der einzelnen Pflasterungsarten erfahren wir aus der Denkschrift folgendes:

	pro Quadratmeter
Reichholzpflaster	19.-
Bartholpflaster	23.-
Stumpfpflaster	16.-
Flammsteinpflaster	16.50
Großpflaster aus Granit	16.50
Stumpfpflaster	9.50

Es ist zu bemerken, daß das natürliche Stein-

pflaster das billigste ist. Herr Huber tritt allerdings mit Nachdruck dafür ein, daß in den Großstädten mehr die Anwendung von gerundeten Pflaster in Auge gefaßt werden müßte. Wir können gegen ein solches Argument nichts einwenden, weil heute besonders in den sehr stark benutzten Verkehrsstraßen auf eine solche Straßenbedeckung gesehen werden muß. Besonders teilt Herr Huber mit, daß die Nürnberger Straßen auch in qualitativer Weise in Zukunft besser hergestellt werden, es müßte da sogar mit Mitteln der Wettbewerb aufgenommen werden.

Als nachteilig wird es angesehen, daß Nürnberg noch 156.284 Quadratmeter Schotterstraßen mit recht starkem Verkehr aufweist. Hier sei eine Änderung schnellstens nötig. Ueber die Lebensdauer der Pflasterungen erfahren wir folgendes: Asphalt hat schon nach 10 Jahren größere Reparaturen nötig, bei Granit werden dieselben erst nach 10-20 Jahren notwendig. Die Umlegung der Granitstraßen kostet aber in Rücksicht auf die verwendbaren Altmaterialien etwa nur ein Drittel der gleichen Umlegungsarbeit bei Asphalt.

Um die 156.284 Quadratmeter Schotterstraßen in Großpflasterstraßen umzuwandeln, werden etwa 2.504.200 Mk. nötig sein. Die Gesamtkosten, welche sich auf 9 Jahre verteilen sollen, werden 19.020.000 Mk. betragen. Bei einer solchen Riesensumme die Herren Stadtväter die finanzielle Seite des Huberschen Projekts sehr wünschenswert, verweist sich am Rande. Die Denkschrift sieht folgende Natursteinpflasterungen vor:

Kleinpflaster	406.584 qm = 3.862.600 Mk. Kosten
Granitgroßpflaster	156.284 qm = 2.504.200 Mk. Kosten
Summa	562.868 qm = 6.366.800 Mk. Kosten

Bei der Vergebung der Pflastersteinnlieferungen müssen wir uns ebenfalls rühren. Die Forderung unsererseits geht dahin, daß unter keinen Umständen Lieferanten berückichtigt werden, welche mit den Arbeitern keine Tarifverträge abgeschlossen haben.

Soweit die Lieferanten für die Granitpflastersteine in Frage kommen, dürfte die Sache ziemlich einfach sein. Die bayrischen Steinbruchbesitzer stehen ja wohl zum größten Teil mit den Arbeitern im tariflichen Verhältnis. Anders dagegen steht es mit den Lieferanten für die Basalt-Kleinpflastersteine. Es dürften da wohl die Unternehmer aus der Rhön, aus dem Hessischen sowie die des Westerwaldes mit in Frage kommen. Die Herren in jenem Gebiet wollen von Tarifabschlüssen absolut nichts wissen.

In Nürnberg ist die Sozialdemokratie im Stadparlamentenkollegium ziemlich stark vertreten, so daß wohl erwartet werden darf, daß die soziale Forderung der Steinarbeiter eine nachdrückliche Unterstützung erhält.

Die Kollegen können sich nun einen Begriff machen, welche Bemerkungen der Hartsteinindustrie winkten, wenn schon eine Stadt ein solches Programm durchführen will. Dann kommt noch hinzu, daß eine Reihe kleinerer Städte mit den Straßenpflasterungen überhaupt erst beginnen. Was die Denkschrift des Herrn Huber anbelangt, so sei gesagt, daß der Verfasser sein Material in recht übersichtlicher Weise geordnet hat und für den modernen Straßenbau einen sehr scharfen Blick zeigt. Mögen seine vorzüglichen Vorschläge auch eine dementsprechende Beachtung finden.

## Sabotage!

Das Schlagwort Sabotage haben die Scharfmacher aus dem Auslande nach Deutschland importiert. Und nun wird es auch nicht mehr verschmäht. Wo irgend ein Streik beginnt, werden die kapitalistischen Aukoren nicht nach irgendwelchen Zufälligkeiten halten und sie werden versuchen, diese mit irgendwelcher Sabotage in Verbindung zu bringen.

In einem komplizierten Betrieb treten Arbeiter in den Streik — gelernte und eingearbeitete Arbeiter. Die im Betrieb verbliebenen Arbeiter — der Streikbruch charakterisiert sie schon allein genügend — nehmen die einzelnen, auch die gefährlichsten Posten ein. Sie verstehen vielfach nichts von der ihnen zugewiesenen Arbeit, ebenso wenig wie die Ingegnieure, die sich später während der Streiks zu den verbliebenen Streikbrechern stellen. Da passiert im Betrieb irgendein Unfall, ein Defekt an der Maschine zeigt sich, den man nicht eher bemerkt hat, als bis die Maschine verstopft. Das liegt den Scharfmachern da näher, als die aus Zufälligkeiten oder aus dem Unvermögen der Streikbrecher hervorgerufene Störung als von Streikenden begangene Sabotage in die Welt hinauszuführen. Wer denkt nicht an die Vorkommnisse anlässlich des Maschinen- und Heizerstreiks auf der „Union“ in Dortmund. Monatelang wurden die freien Gewerkschaften wegen der auf dem Werk vorgenommenen „Sabotage“ angegriffen, es wurde nach dem Staatsanwalt gehandelt. Als sich dann das Gericht mit der Sache beschäftigte, stellte es sich heraus, daß der Sabotagefall ein Produkt scharfmacherischer Phantasie war, eine ausgeheckte Infamie von Leuten, denen jedes Mittel recht ist, wenn sie nur die freien Gewerkschaften herabsetzen und verächtlichen können. Es ist so weit gekommen, daß die Generalkommission der freien Gewerkschaften in Deutschland als Mitleid noch öffentlich Verwahrung gegen das Treiben der besoldeten Unternehmern und der Scharfmacher einlegen mußte, weil diese sich nicht scheuten, den Gewerkschaften vorzuwerfen, daß sie die Sabotage propagierten.

Der Einspruch der Generalkommission gegen diese Verleumdung hat einige bürgerliche Organe veranlaßt, sich mit der Frage der Sabotage näher zu beschäftigen. So die „Rheinische Zeitung“ vom 22. März. anknüpfend an ein Vorkommnis auf der Hamburger Hochbahn, wo am Abend des ersten Streiktages auf der Strecke Kurzdamm eintrat und den Verkehr lahm legte. Die „Rheinische Zeitung“ schreibt:

Es lag menschlich nahe, zu glauben, daß ein Streikender dieses äußerst ungeschickte Mittel angewandt habe, um an der Fortwähren sein Nützlich zu kühlen. Vor einer näheren Überlegung konnte diese Vermutung aber schwerlich standhalten, schon allein deshalb nicht, weil die Ausständischen, nachdem sie die Arbeit verlassen hatten, gar keinen Zugang mehr zu dem Bahnkörper hatten. Gleichwohl sind einige Zeitungen schnell bei der Hand gewesen, diesen Kurzdamm als Sabotage anzukündigen. Da es sich aber tatsächlich um ein solches Vergehen nicht gehandelt hat, war es recht und billig von der Verwaltung der Hochbahn, in einem Worte berichtigend zu erklären, daß die Streikenden mit jenem Kurzdamm nichts zu tun gehabt hätten. Wahrscheinlich hat es sich um Kurzdamm infolge eines Verfehls gehandelt, das ja bei dem nur vorübergehenden und mit sehr eingeschränkten Kräften aufrecht erhaltenen Betriebe erklärlich wäre. Diese Überlegung ist aber offenbar niemand gekommen als der Zeitung der Bahn selbst, denn sogar ein Mitglied der Kurzdamm hat sich veranlaßt gefühlt, in öffentlicher Bürgerstimmgebung jenen Kurzdamm als ein erwiesenes Vergehen der Streikenden zu brandmarken.

Die „Rheinische Zeitung“ zeigt dann ein weiteres Beispiel, wo streikende Hamburger Kohlenarbeiter Kabel durchschnitten haben, wo sich dieser Fall aber dann soweit aufgeklärt hat, daß er mit einer Sabotage der Streikenden gar nicht in Verbindung gebracht werden konnte. Beide Fälle sind weiblich gegen die freien Gewerkschaften ausgelegt worden, was das Kölner Organ zugeben muß. Denn nach ihr die Arbeiter auch manchen ungerechten Streik führen, so meint es doch, daß man den deutschen Arbeiter mit dem Vorwurf der Sabotage versehen solle.

Der organisierte deutsche Arbeiter steht ja leider heute bei Gelegenheiten — keineswegs überall grundsätzlich — in scharfer Opposition zum Unternehmertum: er hat aber doch für den Betrieb als solchen ein weitgehendes Verständnis, eine unzulagbare hohe Achtung vor den seinen Forderungen anvertrauten technischen Einrichtungen, und er hat das damit zusammenhängende Ehrgefühl, dem unterliegenden Werte mit dem er arbeitet, und das ihm auch tatsächlich diese Arbeit abnimmt, nicht zu schaden. Sabotage ist so schlecht wie Diebstahl, vielleicht sogar noch verwerflicher: sie ist dummes Verbrechen. Das verblende Ehrgefühl des Unrechts im Streik. Wir glauben nicht, daß in der ganzen Artung der deut-

lichen Arbeiter, die doch auch größtenteils durch die Schule des Alltätigkeit gegangenen sind, auch nur zu einem bemerkenswerten Bruchteil die Absicht haben, die nötig sind, um sich mit Sabotage zu befassen, und damit ihren sozialen Kämpfen das Brandmal moralischer und sozialer Verächtlichkeit aufzubringen. Man sollte deshalb, schon um des deutschen Mannens willen, die ihm äußersten mit dem Vorwurf der Sabotage hartachalten, wenn er nicht unabweislich bewiesen werden kann.

Ohne uns auf die hier im einzelnen vorgetragenen Gedanken einzulassen, müssen wir doch anerkennen, daß die „Rheinische Zeitung“ ganz gewiß da recht hat, wo sie sagt, daß die deutschen Arbeiter von Sabotage bei Streiks nichts wissen wollen. Von den mehr als 2 1/2 Millionen organisierten Arbeitern in den freien Gewerkschaften kann das ruhig behauptet werden. Diese lehnen die Sabotage als gewerkschaftliches Kampfmittel ab. Und wo sich ein Fall ereignen sollte, bezog an Sabotage grenzen könnte, da werden die freien Gewerkschaften mit der Verurteilung solcher Vorkommnisse nicht zurückbleiben.

Das sollte sich ganz besonders die „Deutsche Arbeiterzeitung“ merken, die in ihrer Nummer vom 28. März wieder nicht umhin kann, die freien Gewerkschaften der Sabotage wegen anzugreifen.

Da sollen bei einem Streik der Straßenbahnen in Königsberg in Preußen Streikposten bemerkt haben, wie in Schienen und Weichen erwarteter Zement mit kleinen Steinchen vermischt, gelegen hat. Die Posten haben die damit verbundene Gefahr für den Verkehr nicht zur Kenntnis der Behörde gebracht und wurden deshalb vom Reichsgericht Königsberg mit Gefängnis bestraft. Das Reichsgericht hat Gefahren hätten sehen müssen. Wir kennen wie gesagt den Fall nicht, näher, aber wenn es schon wahr wäre, daß die Streikenden die Gefahren erkannten, haben sie selber doch mit der Sabotage nichts zu tun. Wenigstens wird den Streikposten das nicht zum Vorwurf gemacht. Sie sind verurteilt worden, weil sie nach der vorliegenden Tat eines andern Gefahren haben, die sie nicht meldeten. Vielleicht hat das Gericht auch nur angenommen, daß die Streikposten die Gefahren hätten sehen müssen. Wir kennen wie gesagt den Fall nicht, aber wenn schon alles wahr ist, wie die „Arbeiterzeitung“ über den „Sabotagefall“ schreibt — was wir hier bezweifeln — dann ist es doch höchst rätselhaft von ihr, die freien Gewerkschaften, insbesondere den Transportarbeiterverband, für die Handlung einzelner Streikender verantwortlich zu machen. Wir haben oben dargelegt, was über die Haltung der freien Gewerkschaften der Sabotage gegenüber bekannt ist. Die „Rheinische Zeitung“ ist auch anständig genug gewesen, die streikenden Arbeiter vor ungerechten Vorwürfen zu schützen. Das von den Scharfmachern ausgehaltene Blatt, die „Arbeiterzeitung“, bringt es aber weiter fertig, in einem Atem freie Gewerkschaften und Sabotage zu nennen, welches zusammengesprochen werden.

Nur aus der Sucht heraus, die Streikenden und ihre Organisationen unter allen Umständen zu beschuldigen und zu beschimpfen. Unsere Gegner haben es in der Bekämpfung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung wirklich weit gebracht.

## Die örtlichen Verhandlungen im Baugewerbe

Die nach dem Vorschläge der Unparteiischen und der Zustimmung der Parteien bis zum 10. April beendet sein müssen, haben in der Woche nach Ostern ihren Anfang genommen. Da die Vorschläge der Unparteiischen zu dem Hauptvertrag und dem Vertragsmuster als ein unzureichendes Ganzes angesehen werden müssen, so bleibt den örtlichen Verhandlungen nur vorbehalten die Festlegung der Löhne und Arbeitszeit für die neue Vertragszeit, die Einstellung der Arbeitszeit und der Pausen und die Regelung sonstiger betrieblicher Dinge. Im Vordergrund dieser Verhandlungen steht natürlich die Entscheidung über die Lohnerhöhung und über die Arbeitszeitverkürzung. Ueber den bisherigen Verlauf der Verhandlungen wird uns wie folgt berichtet:

In Königsberg i. Pr. ist eine Einigung erzielt. Die Erhöhung des Stundenlohnes beträgt 2, 3 und 5 Pfg., zusammen 10 Pfg. auf die dreifache Vertragsdauer (für Hilfsarbeiter 12 Pfg.). Arbeitszeit 9 1/2 Stunden (bisher 10 Stunden) täglich.

Für Pommern liegen aus einer Anzahl Orten die Angebote der Unternehmer vor. In Stettin sind für Gesellen 5 Pfg., für Hilfsarbeiter 3 Pfg. auf eine Vertragsdauer von drei Jahren verteilt, angeboten. Danach würde bis zum Jahre 1918 der Gesellenlohn auf 65 und der für Hilfsarbeiter auf 47 Pfg. steigen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit haben die Unternehmer grundsätzlich abgelehnt. Eine Einigung ist nicht erzielt. Für das Vertragsgebiet Ostpreußen-Palau-Pacana haben die Unternehmer für Maurer und Hilfsarbeiter die gleiche Erhöhung von 6 Pfg. pro Stunde, verteilt auf die Vertragsdauer, angeboten. (Maurer- und Stellträger sollen mit 5 Pfg. über dem Lohn der Hilfsarbeiter, der jetzt 35 Pfg. beträgt, entlohnt werden.) Dieses Angebot kompensieren die Unternehmer mit der Forderung auf Verringerung der bisherigen Löhnezahlung. Dadurch verringert sich das Angebot ganz allgemein um 8 1/2 Pfg. für die Hälfte der Orte des Vertragsgebietes. In Barth sind 3 Pfg. Lohnerhöhung und 3 Pfg. Löhngeld (bisher waren es nur 2 Pfg.) geboten. Gebortet werden 5 Pfg. Der jetzige Lohn beträgt 47 resp. 37 Pfg. Für Grimmen und Trebitz werden 3 Pfg. geboten und das bisherige Löhngeld von 4 Pfg.; Hilfsarbeiter sollen vom Tarifvertrag ausgeschlossen sein. Für Richtenberg-Preussburg werden geboten 3 Pfg. und das bisherige Löhngeld, das 2 Pfg. beträgt; Hilfsarbeiter sollen mit 10 Pfg. unter dem Gesellenlohn in das Vertragsverhältnis aufgenommen werden, aber keine Löhnezahlung erhalten. In diesem Gebiet hat der „rühmlich“ bekannt gewordene „Pommersche Bauherrenverband“ bei den Angeboten der Unternehmer Gestatten gestanden.

In Magdeburg ist eine Verkürzung der Arbeitszeit von den Unternehmern abgelehnt. Lohnerhöhung sind 4 Pfg. auf drei Jahre geboten. Magdeburg hat noch einen sog. Durchschnittslohn, der für Maurer gegenwärtig 58-61 und für Hilfsarbeiter 45-49 Pfg. beträgt.

Für Thüringen ist in Zeulenroda bereits ein Vertrag zustande gekommen. Die Unternehmer haben eine Lohnerhöhung von 5 Pfg. auf die Dauer des Vertrages angeboten mit 3 Pfg. Erhöhung in diesem Jahre. Dem haben die Arbeiter zugestimmt und der Vertrag ist von den örtlichen Organisationen abgeschlossen.

In der Provinz Hannover sind gefordert: in Hilbersheim 6 Pfg., geboten sind 3 Pfg.; in der Stadt Hannover und in Wunstorf sind gefordert 5 Pfg., geboten sind 2 Pfg.; in Goslar, Gronau, Neustadt, Saarkredt und Salzdorf sind gefordert 4 Pfg., geboten sind im letzten Ort 3 Pfg., in Goslar 2 Pfg. für die Vertragsdauer und in den übrigen Orten nichts.

Im Unterwesergesbiet und im Jeveland haben die Verhandlungen in den Hauptorten ebenfalls zu keinem Resultat geführt. In Bremen wurden die Verhandlungen am 4. April fortgesetzt, nachdem es in der ersten Verhandlung über eine Ausprache nicht hinausgekommen ist. In Delmenhorst boten die Unternehmer 9 Pfg. Lohnerhöhung während der Vertragsdauer und eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung. Nachdem man sich über die Verteilung der Lohnerhöhung nicht sofort einigen konnte, haben die Unternehmer das Angebot sofort zurückgezogen. In Wittgenhausen verlangen die Unternehmer die Verlängerung des jetzigen Vertrages auf drei Jahre ohne Lohnerhöhung. Für Steinhilber sind geboten 3 Pfg. geboten; gefordert werden 8 Pfg. Für das Jeveland sind in Evertens 7 Pfg., in Sande 5 1/2 und in Jeveland 5 Pfg. geboten.

Für Leipzig sind 4 Pfg. geboten. Die Fortsetzung der Verhandlungen ist auf den 5. April festgesetzt. In Rügeln (Prov. Sachsen) und in Dahlen sind 6 Pfg., in Döhlen und Trebs 5 Pfg. geboten. In Grimma lautet das Angebot der Unternehmer auf 1 Pfg. Lohnerhöhung für 1914.

## Eine Doktor-Dissertation über die Fichtelgebirgs-Granitindustrie.

Die Steinindustrie findet auch darin ihre Würdigung, indem man immer mehr dazu übergeht, sie wissenschaftlich zu untersuchen. Im Gewerbeinspektionsbericht für Baden kam jedoch eine separate Darstellung über die Steinindustrie des Großherzogtums an die Öffentlichkeit (siehe den Artikel an anderer Stelle). Im bayerischen Gewerbeinspektionsbericht vom 1906 die unterfränkische Sandsteinindustrie eingehend zur Geltung. Ueber die Sandsteinindustrie Sachsens schrieb 1908 Willi Herzogel eine sehr sachverständige Doktordissertation, welche zeigt, wie man dabei gründliches Quellenstudium treibt.

Ueber die Fichtelgebirgsgranitindustrie hat nun Herr Frh. Streit-Plauen seinen Doktor gemacht, und zwar vor der philosophischen Fakultät in Leipzig. Diese Dissertation wird bereits im Unternehmerorgan, dem „Steinbildhauer“, schmunzelnd abgedruckt. Daraus geht schon hervor, wie „zufrieden“ man im Unternehmerlager über die neue Schrift ist. Der Aufbau der Schrift setzt sich aus folgenden Kapiteln zusammen: Entwicklung der Granitindustrie im Fichtelgebirge; Betriebsanlagen und Verwertung des Gesteins; Die Steinbrüche; Die Werkplätze und die Herstellung von Steinmehrwaren; Die Schleifereien; Die Fichtelgebirgs- und fremden Gesteine als Rohmaterial speziell in den Schleifereien; Der Bezug der schwedischen Gesteine und die Zollpolitik; Die Entwicklung des Tarifvertrags; Die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter; Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter; Der Absatz; Schlussbetrachtungen. — Ueber die Gruppierung des Stoffes ist wohl nichts einzuwenden. Ueber die Fichtelgebirgsgranitindustrie selbst wurde im Laufe der Jahre im „Steinarbeiter“ schon viel geschrieben. Wir ersparen uns deshalb die Besprechung derjenigen Kapitel, welche mehr allgemein gehalten sind.

Die schwächste Seite des Buchs finden wir in dem Teil, welcher die Arbeiterverhältnisse und das Tarifwesen enthält. Der Verfasser ist zu dem eigenartigen Resultat gekommen,

daß man wohl von einem gewissen Wohlstand unter einem Teil der fichtelgebirgischen Steinarbeiter sprechen kann.

Wir sind der Meinung, daß sich unsere Kollegen gegenseitig verlegen fragen werden, wo diejenigen stehen, die in der glücklichen Lage sind, von einem Wohlstand reden zu können. Es wäre uns sehr angenehm, wenn wir aus dem Buch erfahren könnten, wieviel Steinarbeiter im Fichtelgebirge als Besitzer kleiner landwirtschaftlicher Betriebe in Frage kommen. Es ist in den Kreisen der deutschen Steinarbeiter hinlänglich bekannt, daß im Fichtelgebirge die niedrigen Löhne bezahlt werden. Diesen Hinweis müssen wir bei jeder Tarifverhandlung hören. Gewiß, die geographische Lage der Fichtelgebirgsindustrie ist nicht günstig, aber da in der Monotoniebranche meist für den Export produziert wird und es sich nur um Qualitätsarbeiter handelt, so fallen die niedrigen Löhne im Fichtelgebirge besonders auf. Und daher kommt es auch, daß viele Steinmehnen und Schleifer in die Fremde gehen, weil sie anderwärts bedeutend besser entlohnt werden. Wenn heute ein Berufscollega ein Durchschnittseinkommen von 1000—1200 Mark hat, wenige kommen nur darüber, so kann doch unmöglich die Entlohnung eine solche sein.

Sehr gewagt ist die Behauptung, daß im allgemeinen die Propagierung des tariflichen Gedankens von den Hirsch-Dunderschen und den Christlichen ausging. (Seite 64.) Dem Verfasser ist sicherlich aus dem Studium unserer Verbandsliteratur hinlänglich bekannt, daß im Steinmehnerberuf schon in den achtziger Jahren und früher detaillierte Tarifverträge abgeschlossen waren. — An der Erwähnung dieser Tatsache dürfte der Verfasser nicht achtungslos vorbeigehen.

Wie Herr Dr. Streit das Bestreben der organisierten Steinarbeiter einschätzt, um das wilde Affordwesen zu befeitigen, um die Arbeitszeit zu verkürzen, zeigt folgende Stelle (Seite 70):

... aber die Unzufriedenheit der organisierten Steinarbeiter wurde von der Zentralkasse des Ver-

bands in Berlin\* so g.ührt, — — — daß ein Zusammenschluß der Unternehmer geboten erschien.

Das ist ja der reine Unternehmerstandpunkt, welcher aus jenen Zeilen spricht. Wahr ist tatsächlich, daß die Berliner Leitung von den Fichtelgebirgsarbeitern für mich gedrängt wurde, endlich mit dem wilden Affordsystem aufzuräumen. Auffällig ist auch, daß der Verfasser kein Wort der Kritik findet, weil 1898 die Unternehmer einen Revers verlangten, welcher besagte, daß die Arbeiter aus der Organisation auszutreten haben. Ein Jahr vorher gründeten die Unternehmer ihren Verband, aber dann verlangten sie sogleich, daß arbeiterseits das Koalitionsrecht preisgegeben werden sollte. — Um eine Stellungnahme gegenüber jenem unberechtigten Verlangen drückt sich der Verfasser herum. — Aber nach achtwöchigem Streit gelang es doch, daß ein Tarifvertrag zum Abschluß kam, sehr zum Leidwesen der Unternehmer. — Falsch ist es auch, daß die Initiative zur Schaffung eines Bezirkstarifs im Jahre 1906 von den Unternehmern ausging. Nein, die vielen erfolgreichen Kämpfe, welche unsere Kollegen seit Jahren für den Abschluß von Tarifverträgen führten, hatte die Ausreifung des bezirks-tariflichen Gedankens auch bei den Unternehmern bewirkt. Eigentümlich berührt es, daß sich der Herr Doktorand bezüglich des Streiks im Jahre 1907 und der Entlohnung der Arbeiter sogar auf den „Hofer Anzeiger“ beruft. In jenem Blatte hatten die Unternehmer in recht einseitiger Weise ihren Standpunkt vertreten. Wir müssen den erhobenen Vorwurf des Verfassers scharf zurückweisen, wenn er meint, die Arbeiterpresse hätte die Löhne der Kollegen im „größten“ Lichte geschildert. Folgende Stundenlohnstabelle ist heute noch in Gültigkeit: Steinmehnen bis zu 45 Pfg., Hand- und Maschinenschleifer bis zu 35 Pfg. Wenn damals die Unternehmer mit Stundenlöhnen bis zu 53 und 65 Pfg. operierten, so traf jene Behauptung für mindestens 90—95 Prozent der Arbeiter nicht zu. — Wir müssen uns sehr wundern, daß die Darstellung der Unternehmer so kritiklos hingenommen wurde.

Wie Herr Dr. Streit vom Standpunkt des Volkswirts die Forderung wegen der Verkürzung der Arbeitszeit ansieht, kennzeichnet am besten folgende Stelle:

Jedenfalls muß es bedenklich erscheinen, daß damit (wegen der Arbeitszeitreduzierung) die Forderung nach höheren Löhnen in Hand geht, ohne daß zugleich für eine entsprechende Steigerung der Arbeitsintensität, wie sie durch eine derartige Maßnahme für unsre — Betriebe bedingt würde, gegeben ist.

Wir behaupten, daß die Arbeitsintensität bedeutend gesteigert wurde; die Unternehmer natürlich werden anderer Meinung sein. Herr Dr. Streit scheint nicht zu wissen, daß in den letzten 20 Jahren das Pfund Fleisch um mindestens 25—30 Pfg. teurer geworden ist, die andern Lebensmittelpreise ebenfalls diese steigende Kurve einhielten. — Nur beim Arbeiter will man die Lohnerhöhungsbestrebungen bekämpfen. Wenn der Verfasser die Löhne in den übrigen Steinbruchsgebieten zum Vergleich mit denen im Fichtelgebirge herangezogen hätte, dann wäre es ihm wie Schuppen von den Augen gefallen, wie berechtigt die Klagen unserer Kollegen in Oberfranken sind.

Wie Herr Dr. Streit die soziale Lage unserer Kollegen im allgemeinen auffaßt, zeigt folgende Stelle (Seite 96):

„Nun soll nicht in Abrede gestellt werden, daß es Arbeiter gibt, deren Lebenslage den gegenwärtigen Zeitverhältnissen nicht angepaßt scheint. Inwieweit der Grund hierfür in zu geringem Verdienst, oder im eigenen Lebenswandel zu suchen ist, soll nicht erörtert werden. . . .“

Kommentar überflüssig. Auffällig ist, daß sich der Herr Verfasser allzu stark auf die Handelskammerberichte stützt. Diese sind immer zugunsten der Unternehmer gefärbt. Allerdings, das Material ist daraus leichter zusammenzutragen.

Der Herr Verfasser hat zur Bearbeitung seiner Schrift auf das gestellte Ansuchen bereitwillig die dementsprechende Verbandsliteratur von uns erhalten. Auch sonst wurden ihm seine schriftlichen und mündlichen Anfragen

\* Bis 1902 befand sich der Sitz unseres Verbandes in Rixdorf bei Berlin.

bereitwillig beantwortet. Wir konnten deshalb schon erwarten, daß Herr Dr. Streit mindestens den Standpunkt der Organisation, soweit die Arbeiterfragen in Betracht kamen, überhaupt zur Geltung brachte. Wie er sich dann zu den Forderungen unserer Kollegen stellte, und das war seine Sache, und wir würden kein Wort verloren haben, wenn er noch so nachdrücklich die Meinung der Unternehmer vertreten hätte.

Aus jeder Zeile geht hervor, daß das „dürftige“ Material, welches ihm die Unternehmer lieferten, mit großer Liebe im einseitigsten Sinne zur Darstellung gebracht wurde, während das reichlich zur Verfügung gestellte Material des Verbandes der Steinarbeiter anscheinend dazu benützt wurde, um zwar genügende Informationen über die Steinindustrie zu schöpfen, aber ja nichts von dem zu vertreten, was als Arbeiterforderung gelten könnte.

Wir werden es uns in Zukunft sehr überlegen müssen, ob wir solchen Herren Studierenden ohne weiteres die Archivarbeit des Verbandes öffnen wollen. Die Arbeit des Herrn Dr. Streit zeigt uns, daß er unser Material nicht mit der nötigen Objektivität behandelt hat.

Wenn der Herr Verfasser seine Schrift zur Verherrlichung der Unternehmer schreiben wollte, so konnte er daran nicht gehindert werden, aber er mußte dann ehrlicherweise von unserem Verband kein Material verlangen. — Bezeichnend ist es überdies, daß im 20. Jahrhundert ein Studierender der Volkswirtschaft über die programmatischen Forderungen der Gewerkschaften noch so konservativ denkt.

## Ein neues Kampfmittel gegen die Arbeiterchaft.

In dem Bestreben, die Arbeiter ihrer Bewegungsfreiheit und vor allem ihrer Unabhängigkeit vom Kapitalisten zu berauben, damit sie sich die schrankenlose Ausbeutung ihrer Kraft zum Schaden der Gesundheit gefallen lassen müssen, verkaufen die Unternehmerkreise auch in Deutschland in neuester Zeit darauf, die Arbeiter durch den noch wenig durchsichtigen Schwindel der Gewinnbeteiligung an die Ausbeutungsmaximen des Betriebes zu fesseln. Natürlich sagt man der Arbeiterchaft nicht die wahre Absicht, die man mit der Gewinnbeteiligung verfolgt; man sagt ihnen nicht, daß man damit zu erreichen hofft, daß die Arbeiter nicht nur ihre Arbeitskraft mit äußerster Verschwendung hergeben, daß sie Überstunden, Nacht- und auch Sonntagsarbeiten willig und ohne Rücksicht machen werden, um die Rentabilität des Unternehmens und damit ihre „Gewinnbeteiligung“ zu fördern, sondern daß sie sich vor allen Dingen von Vertretern fernhalten werden, die den Zweck verfolgen, höhere Löhne und längere Arbeitszeit zu erreichen und die schließlich zu Arbeitseinstellungen führen könnten.

Natürlich knüpft man diese Gewinnbeteiligung an allerhand Bedingungen über das Wohlerhalten der Arbeiter, die wenn sie nicht erfüllt werden, natürlich auch die Gewinnbeteiligung ausschließen. Unter diesen Bedingungen befindet sich neben den Bestimmungen, welche den Kapitalisten das Vorrecht eines Mindestgewinnes sichern, bevor das Recht der Arbeiter an der Gewinnbeteiligung, daß die Arbeit im Geschäftsjahre, ausgenommen wegen Krankheit, nicht unterbrochen werden darf. Die Teilnahme an einem Streik, ja schon die Verweigerung von Überstunden oder Nacharbeit bringt den Arbeiter also um die Gewinnbeteiligung und daraus geht hervor, daß diese Einrichtung ein Kampfmittel hinterlistiger Art gegen die Arbeiter ist. Zudem kommt in Betracht, daß der Unternehmer, wenn er die Arbeiter auf diese Weise gefesselt hat, den Lohn der Arbeiter natürlich sehr leicht um die Höhe der Gewinnbeteiligung herabdrücken kann, so daß die ganze Gewinnbeteiligung nichts anderes ist, wie die Einbehaltung eines Teiles des Lohnes, um sich gefällige Arbeiter zu sichern. Das ist auch in der Tat der Zweck der ganzen Sache. Wir finden hier wieder die Tatsache, daß ein Kampfmittel gegen die Arbeiter um so niederträchtiger ist, je mehr es in die Loge der Wohlhabensrichtungen gefüllt wird. Das ist nämlich hier ganz besonders der Fall. Man hat ja die Gewinnbeteiligung schon als den treffendsten Beweis für die „Interessenharmonie“ von Kapital und Arbeit bezeichnet. Das ist nach dem, was wir vorstehend über den wahren Zweck der Gewinnbeteiligung gesagt haben, ein großer Betrug. Die Gewinnbeteiligung der Arbeiter ist eins der niederträchtigsten Kampfmittel des Kapitals gegen die Arbeiter. Daher haben die Arbeiter die Gewinnbeteiligung in der hier gekennzeichneten Art entschieden zu bekämpfen. Ein sicherer, höherer Lohn ist tausendmal mehr wert wie eine unsichere Gewinnbeteiligung, für welche obendrein die Arbeiter ihre persönliche Freiheit und das Recht auf Verbesserung der wirtschaftlichen Lage opfern müssen.

In England hat das Handelsministerium im Anschluß an die großen Streikbewegungen des Vorjahres eine Untersuchung über

## Warum man ins Wasser baute.

Eine der merkwürdigsten Siedlungsbauten ist die der Pfahlbauten. Die Siedler, die Häuser nicht auf dem festen Lande, sondern auf Pfählen zu errichten, ist weitverbreitet. Die Wissenschaft der Völkerkunde lehrt uns ihre Verbreitung bei den heutigen Naturvölkern, die Vorgehensweise ihrer Existenz aus längst entschwundenen Zeiten. Da das Leipziger Museum für Völkerkunde auf der Internationalen Ausstellung in Leipzig ein besonders schönes, bis in die kleinsten Teile äußerst genau gearbeitetes Modell eines wiederhergestellten Schweizer Pfahlbaus der Bronzezeit dem Publikum zum Verständnis dieser Bauweise vor Augen führen wird, lohnt es sich, kurz darauf einzugehen.

Die ersten vorgeschichtlichen Pfahlbauten wurden in der Schweiz entdeckt. Es war im Jahre 1853. Im Winter sanken die Spiegel der Gewässer in der Schweiz zu einer noch nicht gekannten Tiefe herab. Dies benutzten die Einwohner der Seen, um dem Wasser Boden abzuräumen. Sie führten Mauern und Dämme auf dem freigelegenen Seeboden auf und füllten das Terrain auf. Hierzu benutzten sie Seeschlamm, und beim Ausheben dieser Füllmasse stießen die Arbeiter in einer Reihe des Züricher Sees bei Obermeilen, unweit Dörlitz, auf Pfähle. Zwischen ihnen fanden sich Waffen und Werkzeuge aus Stein und Knochen, sowie Scherben roh gearbeiteter Gefäße. Man hatte den ersten Pfahlbau entdeckt. Später wurden die übrigen Seen eifrig durchforscht, besonders unter Ferdinand Kellers Leitung, und wir kennen derartige Stationen aus den meisten Schweizer Seen, mit Ausnahme des Vierwaldstätter- und Baldeggersees; im ganzen sind über 200 Pfahlbauansiedlungen erschlossen worden.

Sobald man die Schweizer Stationen etwas näher kannte, untersuchte man auch die übrigen Seen und Sümpfe Europas, und es gibt fast kein Land in Europa, aus dem nicht auch Pfahlbauten bekannt wären. Wie es in einer derartigen Ansiedlung zugeht, schildert uns am besten Herodotus vom Praxiassee auf der Balkanhalbinsel.

„Mitten im See stehen zusammengefügte Gerüste auf hohen Pfählen, nur eine Brücke führt vom Lande zu ihnen hin. Die Pfähle,

auf denen die Gerüste stehen, richteten die Bürger in alten Zeiten selbst auf, später gaben sie eine Vorsehrift darüber und jetzt machen sie es also: Für jede Frau, die einer heiratet, holt er drei Pfähle aus dem Gebirge, das Perseios heißt, und stellt sie unter; es nimmt sich aber jeder viele Weiber. Sie wohnen auf folgende Art: Ein jeder hat auf dem Gerüste eine Hütte, darin er lebt, und eine Falltür durch das Gerüst, die da hinuntergeht in den See. Die Kleinen Kinder binden sie an einem Fuße mit einem Seile fest, aus Furcht, sie möchten hinunterrollen. Ihren Pferden und Laternen reigen sie Pfähle zum Futter. Es gibt davon eine so große Menge, daß, öffnet einer die Tür und läßt einen leeren Korb an einem Seil hinunter in den See, dieser ganz voll ist, wenn er ihn nach kurzer Zeit wieder hinaufzieht.“

Fragen wir nach der Ursache, weswegen man auf dem Wasser und nicht auf dem Lande wohnte, so schließen wir uns am besten dem kürzlich verstorbenen Schweizer Prähistoriker Jakob Fellerli an, der schreibt:

„Hier wie anderwärts liegt die eigentliche und ursprüngliche Ursache des Wassermohnens im Süden nach Schwyz, zwar muß man gefehen, daß die Tierwelt der Schweiz in neolithischer Zeit wenige gefährliche Raubtiere aufwies, vor denen man sich hätte flüchten müssen. Auch gegen feindliche Menschen bot der Pfahlbau nicht viel Schutz und war nicht nur auf Fischen und Eindämmen, sondern auch mit Brandpfeilen leicht zu erreichen. Im Winter zumal, wenn der See gefroren war, konnte man die Ansiedlung leicht umzingeln. Aber man darf nicht vergessen, daß niemand gern im Urwalde wohnt, und in den Waldwäldern und Sümpfen mögen auch dazumal bei uns fiebererregendere Dünste der Erde entströmen sein, vor denen der Mensch dadurch Schutz suchte, daß er seine Hütten in feuchte Buchten stellte, wo er noch manche andre Vorteile genoss. Der Seeschiffsteine seine Herden wenigstens einigermaßen vor nächtlichem Raub von Bären und Wölfen; er bot ihm einen Teil der Nahrung; die Wasseradern waren die damaligen Straßen, die den Jäger in sein Revier, den Nachbar zum Nachbar, den Händler zum fremden Stamme geleiteten.“

## Ein arktischer Robinson.

Vor nicht langer Zeit hörten wir, daß Kapitän Scott und seine Begleiter in den eisigen Gebieten des Pols ihren Wagemut mit dem Leben bezahlten. Entsetzlich müssen die Qualen der letzten Stunden jener Helden gewesen sein. Großes Erwidern sie, aber es gab keine Heimkehr für sie. Schauernd vernahmen wir auch die Kunde von dem Ende Wylus-Grönlands und seiner Freunde. Nur sehr wenigen vom Schicksal Erlöschen war es beschieden, dem grausamen Eise zu entrinnen. Kapitän Mikkelson ist einer dieser Wenigen, aber drei Jahre seines Lebens mußte er opfern und mit nur einem Gefährten mußte er im ewigen Eise Grönlands ausharren, bis er vor wenigen Monaten erst durch ein Wunder gerettet wurde. Nun liegt sein spannender Reisebericht vor uns. Unter dem Titel „Ein arktischer Robinson“ ist er jedoch bei Brockhaus erschienen (gebunden 10 Mk.). Das Werk nimmt den Leser sofort gefangen und fesselt bis zur letzten Zeile. Stammen und Bemerkung erfüllt uns, wenn wir erfahren, daß Menschen solcher ungläublichen Schwierigkeiten Herr werden konnten, wie es die waren, die Mittelsten ständig überwinden mußte. Mitteln ist ein prächtiger Erzähler, dem man mit großem Genuß lauscht. Da ist nichts Gefühlsheles, keine Pose. Gerade in der lauten Klarheit der Erzählung liegt der Zauber, der von dem Buche ausgeht. Das den berühmten Romanschriftsteller Hall Caine so begeistern konnte, daß er Wylus-Grönlands Buch „das menschlichste, am meisten zum Herzen sprechende Werk der ganzen arktischen Literatur“ nannte. Die Spannung, in die das Werk versetzt, nimmt gleich auf den ersten Seiten ihren Anfang, und sie steigert sich, bis der Leser endlich die Kletter nahen sieht, die dem unheimlichen Robinsonleben Mikkelsons ein Ende bereiten. Das er geleistet hat, ist bemerkt ungläublich. Er legte auf dem Eise Grönlands einen Weg von über 2000 Kilometer zurück, eine Strecke, wie von Berlin bis ins innerste Spanien, umbraut von fürchterlichen Schneewürmen, in der unüberwindlichen Polarnacht, rings umgeben von Ealten von bodenloser Tiefe, in die Hunde und Schlitten stürzen. Auf dem launen Wege geht der Proviant aus, die Jagdbeute ist in diesen Eiswüsten

Die verschiedenen Systeme der Gewinnbeteiligung verankert und das Ergebnis dieser Untersuchung kürzlich veröffentlicht. Nach dem Korrespondenten der „E. B.“ werden die Unternehmer und die sozialen Friedensarbeiter ihren Bericht wie eine kalte Dusche empfinden. Auch die Arbeiter werden sich dem Bericht ziehen und ihr Verhalten danach einrichten. Als Gewinnbeteiligung ist im Bericht angesehen jedes Uebereinkommen zwischen einem Unternehmer und seinen Arbeitern, wonach die letzteren außer ihren Löhnen einen im Voraus festgesetzten Anteil am Gewinn des Unternehmens erhalten. Das System der Arbeiterteilhaberschaft (Labor Co-Partnership) geht einen Schritt weiter. Danach legt der Arbeiter seinen Gewinnanteil oder einen Teil desselben im Kapital des Unternehmens an und gewinnt dadurch die Rechte eines Aktionärs. In der Praxis finden sich natürlich sehr mannigfache Formen und Modifikationen dieser Systeme.

Gegenwärtig bestehen im Vereinigten Königreich 188 Unternehmungen, die ein Gewinnbeteiligungssystem in der einen oder anderen Form betreiben. Diese Unternehmungen beschäftigen insgesamt 108 000 Personen. Das sind keine besonders imposanten Zahlen. Die Statistik reicht bis auf das Jahr 1829 zurück, wo ein Großgrundbesitzer das erste bekannt gewordene Gewinnbeteiligungssystem einführt. Seitdem haben im ganzen 209 Unternehmungen solche Einrichtungen gegründet, so daß 108 oder weit mehr als die Hälfte wieder eingeführt worden sind. Von den gegenwärtig bestehenden Einrichtungen entfallen nicht weniger als 33, also ein Viertel, auf Gasanstalten, während fast alle andern Gewerbe nur ganz vereinzelt derartige Einrichtungen aufzuweisen haben. Die Gasanstalten können sich das Experiment leisten, weil sie eine Monopolstellung genießen. Namentlich scheint gerade das System der Arbeiterteilhaberschaft fast ausschließlich in Gasanstalten eingeführt worden zu sein.

In einer Anzahl von Unternehmungen haben die Arbeiter auf Grund ihrer angelegten Gewinnanteile eine Stimme in den Generalversammlungen. In wenigen Fällen erreicht diese Stimme 5 Proz. der gesamten Stimmenzahl, aber fast in allen Fällen erreicht ihr Einfluß bloß einen geringlich unbedeutenden Prozentsatz. In neun Fällen sind die Arbeiter in der Leitung des Unternehmens vertreten. Häufig bestehen jedoch gemeinsame Ausschüsse der Arbeiter und der Unternehmer, die beratende Funktionen haben.

Zur Verteilung des Fortes dieser Einrichtungen für die Arbeiter müßte man vor allen Dingen wissen, welche Löhne sie in diesen Unternehmungen erhalten. Darüber läßt uns der Bericht im Dunkeln, aber eine Schlussfolgerung darüber, wie es damit bestellt sein mag, läßt sich vielleicht aus dem folgenden Passus des Berichts ziehen: „In den weniger gut organisierten Gewerben, in denen viele der Gewinnbeteiligungssysteme eingeführt worden sind, wäre es schwer festzustellen, ob die gezahlten Löhne die vollen ordentlichen Lohnraten erreichen.“ Damit ist, wenn auch verständig, angegeben, daß die meist unorganisierten Arbeiter dem System der Gewinnbeteiligung mit ihren Löhnen hinter dem ortsüblichen Durchschnitt zurückbleiben. Daß die Unternehmer die Gewinnbeteiligung auch noch an allerhand Bedingungen knüpfen, übertrifft uns nicht. So fordern die meisten eine längere Dauer der Beschäftigung im Betriebe. Oft müssen die Arbeiter sich schriftlich verpflichten, sich gut zu betragen, treu zu dienen, die Interessen des Unternehmers wahrzunehmen, mit Material zu sparen usw., und sie können vom System ausgeschlossen werden, wenn sie nach dem Urteil des Unternehmers irgendeine dieser Verpflichtungen verlegt haben. In vielen Fällen verliert der Arbeiter, der den Dienst des Unternehmens verläßt, jedes Anrecht auf seine im Unterhaltungsfonds angelegten Gewinnanteile.

Viele Unternehmer lassen ganz deutlich durchblicken, daß sie das Gewinnbeteiligungssystem als eine Waffe im Kampfe gegen die Gewerkschaften betrachten. Sehr deutlich ergibt sich das auch aus der Entstehungsgeschichte mancher dieser Einrichtungen, insbesondere aus der Süd-Londoner Gasgesellschaft, die allen andern Gasanstalten als Mutter und als Vorbild gedient hat. Es würde zu weit führen, die Geschichte dieser Einrichtung des näheren darzulegen. Es genügt, daß das Gewinnbeteiligungssystem dort direkt eingeführt wurde, um einem Streik der Gasarbeiter beizukommen. Jahrelang kämpft die Gasarbeitergewerkschaft gegen die Einrichtung, die sich ihrerseits offen die Vernichtung der Gewerkschaft zur Aufgabe stellte. Am 12. Dezember 1889 forderten 2000 Arbeiter der Gesellschaft die Abschaffung der Gewinnbeteiligung und traten in einen Streik, der bis zum 4. Februar des folgenden Jahres dauerte, nachdem die Streikenden durch Unorganisierte ersetzt wurden. Eine Bedingung der Gewinnbeteiligung war, daß sich die Arbeiter schriftlich erklären mußten, nicht Mitglieder der Gasarbeitergewerkschaft zu sein und dieser auch nicht beitreten zu wollen. Das Gewinnbeteiligungssystem besteht bei der Gesellschaft noch heute fort, aber Arbeiterkämpfe sind ihr deshalb nicht erspart geblieben.

Die Urteile der Unternehmer darüber, ob die Gewinnbeteiligung denn ihren eigentlichen Zweck, das ist die Verhinderung oder doch Erleichterung der Arbeitskämpfe, auch erfüllt hat, gehen auseinander. Vielfach heißt es allerdings: „Das System hat sich bewährt und harmonische Beziehungen zwischen uns und unsern Arbeitern gesichert.“ Ein Unternehmer erklärt sogar, er sei „der festen Ansicht, daß irgendeine Form der Arbeiterteilhaberschaft das einzige Mittel ist, Arbeiterunruhen zu bekämpfen“. Ein anderer meint, das System mache das „ewige Argumentieren“ über die Höhe des Lohnes überflüssig; der Arbeiter wisse, daß seine Entlohnung je nach dem Geschäftsgang steige. Ein dritter erklärt, daß das System seine Arbeiter trotz langer Depression „loyal“ erhalten habe. Andre sind aber weniger optimistisch: Als Geldspekulation habe sich das System nicht bewährt; eine größere Anspannung der Arbeiter sei nicht festzuhalten; es habe die Loyalität nicht gesichert, und schließlich klagt er, daß die Arbeiter von dem System nichts wissen wollen und unter dem Einfluß der sozialistischen Propaganda mißtrauisch ge-

spärrlich, und bald muß das Reich der abgearbeiteten Schlammhunde zur Nahrung herhalten. Mangelhaft hält Mittelsten die Ansicht nach den Depots mit Nahrungsmitteln, die vor Jahren für andre Expeditionen angelegt worden waren und die nun keine Rettung sein könnten. Aber der Inhalt der Depots ist verdorben oder durch nichtige Verluste geletzt. Auch Eisbären haben die Depots verunreinigt. Als einziger Hoffnungsträger winkt den vor dem Hungertode stehenden Männern das Schiff der Expedition, das im sichern Hafen liegt und auf dem fünf Kameraden der Heimkehr der beiden waren. Doch kann sehen sie voll freudiger Erregung den Mast ihres Schiffes zum Himmel ragen, da er sich die das Grauen: sie haben ein Boot vor sich, und die Kameraden sind kurios verjähmwunden! Und nun beginnt für die beiden ein Robinsonleben, das über zwei Jahre währt. Dem Hungertode sind sie entziffen, aber die Dürre ist ihnen abgemindert, nur ein Wunder kann sie retten. In dieser fürchterlichen, hoffnungslosen Lage bewahrt sich der Mannesmut und das jonaise Gemüt, das sich die beiden Einjamen auf der von Dürren umhüllten Insel als größten Schatz zu bewahren wußten. Dürer sind die Gedanken an die Zukunft, die immer wieder aufsteigen, und hart ist der Kampf mit ihnen. Alle moralischen Mittel werden verlohren, um der Stimmung auszuweichen, die leidliche Politik, Anstandslosigkeiten und sogar Jähwut sollen dazu dienen, die Kämpfer zu verdrängen. Während in die Jähwut, mit der Mittelsten Begleiter sechs kleine Meile anzuweisen verlohren, und beinahe sind die Abenteuer mit einer Jähwut. Sie sind in der ärmlichen Schutzhütte einquartiert. Die Eisbären wachen wiederholt Verweise, die ungenügenden Götze zu vertreiben. Da, mitten in dem nervenzerrütenden Ringen mit den trüben Gedanken, vollzieht sich das Wunder der Rettung. Die beiden Männer sind so erkrankt und verwundet, daß sie nicht zu einem Heberfall durch einen Fahren denken, bis Mittelstens Begleiter ausruft: „Guter Gott, da ist ein Schiff.“ Das Boot ist reich mit Interessanten bunten und einfarbigen Stoffen, und mit zwei Kanen, darunter einer ausführlichen Spezialkarte, ausgestattet. Sicher werden wir, daß, wer das Vertrauen auf sich selbst nicht verlohren hat und dem und Gemüt treu ergält, auch der schwierigsten Lage Herr zu werden vermag.

worden sind. Selbstverständlich ist dieses Mißtrauen weniger eine Folge der sozialistischen Propaganda als eine Frucht der wachsenden Erkenntnis, daß die Gewinnbeteiligung eben nicht dem Bestreben nach einem „Ausgleich der sozialen Gegensätze“ — wie die soziale Formel lautet — entspricht, sondern praktisch fast immer nur als ein Kampfmittel gegen die aufstrebende Arbeiterkraft angewendet wird. Es geht dem kapitalistischen Unternehmer wie Neffiss, dem Bauk sagt:

Der Teufel ist ein Geist,  
Er tut nicht leicht um Gottes willen,  
Was einem andern nützlich ist.

### Der Kampf um die Arbeiterversicherung.

Es ist ein sonderbarer, aber höchst lehrreicher Zufall, daß gleichzeitig in vier Staaten unter den aktuellen Fragen der Sozialpolitik die der sozialen Versicherung obenanstelt: in Frankreich und England, in Deutschland und Oesterreich. Daß der Kapitalismus mit seinen ungezügelt und schwer zu zügelnden Ausbeutungsmethoden das Bedürfnis nach Verhütung der industriellen Opfer überall hervorrufen, ist freilich nicht weniger denn eine Sache des Zufalls, vielmehr in der Natur des Kapitalismus tief begründet, und gleiche Ursachen, gleiche Wirkungen! Das seiner Arbeitskraft fast und vorzeitig herabsetzende Proletariat fällt der Bourgeoisie zur Last — was wunder, daß diese sich zu erleichtern bestrebt ist?

Aber die Bourgeoisie wozu nicht das, was sie ist und bleibt: die brutale egoistische Nutznießerin der Institution des Privateigentums an den Produktionsmitteln, mit deren Hilfe sie sich die Arbeitskräfte des Proletariats unterwerft, wenn sie nicht die soziale Versicherung dazu mißbrauchen wollte, eben dieses Herrschaftsverhältnis zu stützen und zu verfestigen. Je mehr das Proletariat mit erwachendem Klassenbewußtsein dem ihm auferlegten Joch zu entrinnen sich anstrengt, desto mehr befehligt sich die Bourgeoisie, die Fesseln enger zu ziehen. Diesem Zweck soll auch die Arbeiterversicherung dienen.

Nicht viel mehr als ein Menschenalter ist es her, da prisen die Schulge-Delisch, Ziegler und Wunder in Deutschland und ihre Apokalypse in Oesterreich die wirtschaftliche Selbsthilfe den Arbeitern als das Alpha und Omega aller Sozialreform und verwarren seltsame Art der Staatshilfe, ja sogar jeder sittlichen Intervention. Allgemein wird von der Bourgeoisie der Gedanke perhorresziert, daß die Gesellschaft in das Arbeits- und Lohnverhältnis eingreifen soll. Und schwer hatten die Kathedersozialisten an dem Vorwurf zu lauen, daß sie die heimlichen Schrittmacher des Sozialismus seien. Einige Jahrzehnte später wendete sich das Blatt, und die zu Unrecht verdächtigten Professoren der bürgerlichen Nationalökonomie erlebten es, wie einen Triumph, als die mit dem Imperialismus verbundenen Junker in Preußen-Deutschland ebenso wie die feudale Grundaristokratie in Oesterreich darangingen, den stürmischen Aufstieg der Industrie durch die Unfall- und Krankenversicherung zu verlangsamen, in der unausgesprochenen stillen Hoffnung, damit zugleich auch die ärgerliche Landflucht zu stoppen und zum Stillstand zu bringen.

Aber siehe da, die Veiligung der Industrie hemmte deren Flug nicht im geringsten, im Gegenteil, sie gedieh prächtiger denn je, und auch die ihr mißgünstig gestimmte Stiefschwerm Landwirtschaft ließ an üppigem Wuchse nach wie vor nichts zu wünschen übrig. Vielmehr zeigte sich offenkundig, daß die sozialpolitischen Interventionen sich für die Unternehmer in Stadt und Land außerordentlich rentierten. Der Same, den die Sozialdemokratie auszustreuen ermunen hatte, schoß von Jahr zu Jahr ertragreicher in die Höhe, und die Ernte kam nicht bloß den Arbeitern — für die sie ja angeblich von vornherein bestimmt war — sondern auch den Industriellen und Agrariern zugute. Keine noch so hohen Schutzzölle hätten der Landwirtschaft und Industrie derart reichen Segen eintragen können, wie das höhere Arbeitervermögen zuwege brachte dadurch, daß sie einen, wenn auch winzigen Teil des produzierten Mehrwerts in die Taschen seiner Erzeuger zurücklenkte und diese dadurch befähigte, in größerem Maßstabe als bisher, Produkte der Landwirtschaft und Industrie zu konsumieren.

Unvergleichlich hat die erhöhte Kaufkraft der versicherten Arbeiter nicht allein zur vermehrten Ertragskraft der Produktion, sondern auch zur raschen Entfaltung derselben direkt und indirekt mächtig beigetragen, und statt die Konkurrenzfähigkeit der Industrie auf den ausländischen Weltmärkten zu beeinträchtigen, hat sie dieselbe gestärkt und instand gesetzt. Überall vordringen — genau so wie ausgegebener — und anerkanntermaßen die Arbeiterbewegung in England, dessen Industrie zur weltbeherrschenden zu machen, wesentlich mitgeholfen hat. Was wäre die englische Industrie ohne die gehobene Lebenshaltung der britischen Arbeiter! Was die deutsche Industrie ohne die gestärkte Kaufkraft der deutschen Arbeiter! Was die heimische Landwirtschaft ohne die gesteigerte Kaufkraft der besitzlosen Massen; nicht die Wohlfeilheit der Arbeitskraft verbürgt die Prosperität von Industrie und Landwirtschaft, sondern — das Gegenteil! Nicht die Bedürfnislosigkeit des Proletariats sichert die Rentabilität der industriellen und landwirtschaftlichen Betriebe, sondern die unablässige Hinaussetzung ihrer Ansprüche! Unempfindlicher sind keine Grundlage einer Produktion, nicht einmal einer kapitalistischen. Sollte man denn meinen, daß die Bourgeoisie alles daransetze würde, um das Proletariat, das der Hauptabnehmer der industriellen wie der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist — worüber zum Beispiel der vermehrte Schnapskonsum den Herren ein Licht aufdecken könnte — die Arbeiterklasse mehr und mehr an den Kulturgärten teilnehmen zu lassen. Allein, wer das glauben möchte, der überschätzt die Einflüß der Bourgeoisie und die landwirtschaftlichen Zusammenhänge. Die emige Furcht der Bourgeoisie vor einer Verringerung des ihr zufallenden Mehrwerts beruht, daß sie jeden Maßstab für die Beurteilung der produktiven Möglichkeit verliert.

Mag die Ausgestaltung der Produktion dem Bedarf noch so sehr voraneilen und noch so schmerzhaft Kriegen erzeugen, — der Bourgeoisie fällt es nicht ein, einmal den Versuch zu machen, den Bedarf anzugehen. Den Bedarf der heimischen Abnehmer für die heimische Produktion! Vielmehr fahren Industrielle und Landwirte fort, ihren Profit aus Kosten ihrer proletarischen Landbesitzer zu ziehen. Darum wird der auf gesellschaftlichem Wege entstandene Mehrwert teils aus neue geteilt, werden die Löhne nicht als Verteilungsposten gerechnet, muß der Reinertrag immer wieder kapitalistischen Ausbeutungszwecken dienlich gemacht und die Arbeiterklasse überaß, d. h. auf sämtlichen Gebieten der Betätigung, in Abhängigkeit erhalten werden.

Und nicht zuletzt auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung! Zwar bildet die Tatsache, daß eine solche Art der Fürsorge notwendig geworden, die denkbar schärfste Anklage gegen das kapitalistische System, welches dem von ihm mißbrauchten Arbeiter nicht einmal die vollständige Deckung des Lebensbedürfnisses vergönnt — allein in dieser Vorentscheidung eines Gesamtarbeitslohnes, der den „Markt der Arbeit“ des Arbeiters in allen Beziehungen sicherstellen, daß er nicht Herr über seine Arbeitskraft, nicht Herr über seinen Arbeitsverdienst ist, daß er auch darin dem Arbeitgeber abhingt! Er soll es fühlen, daß er ohne seinen Ausbeuter nicht einmal die paar Groschen für die Versicherung der Krankheit und Invalidität verdienen kann, daß er — arbeitsfähig oder nicht, lebensfähig oder nicht — ein Voriger des Unternehmers, ein wirtschaftlicher Hinterlassener propägen Schlotterherren und feudaler Junker ist.

Während man sich in Frankreich um die Höhe der Beitragsleistung und der Altersrenten, um die Art der Leistung der Beiträge, um die Zeit des Rentenansfalles kreiert, während in England den freien Hilfslosen und den Gewerkschaften die Durchführung der Versicherung — und nicht bloß eines Krankengeldes, sondern auch einer Arbeitslosenunterstützung! — ohne weiteres vom Staate überlassen wird, geht man im Deutschen Reich von dem-

trant-, Junker- und Bourgeoisentum — das in Oesterreich — daran, den Arbeiter aus seines Verfügungsrechtes über den eigenen Lohn zu berauben! Und auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung soll der kapitalistische Zentralrat die Arbeiterorganisationen, die Ausnahmezustand etabliert werden, wodurch dem Arbeiter zum Bewußtsein kommt, daß er nicht bloß wirtschaftlich, sondern auch sozialpolitisch und sozialpolitisch ein Staatsbürger zweiten Ranges ist, dem keine Disposition über seinen Lohn eingeräumt werden darf. Ein minderes Recht, wie für einen Unmündigen, eine Minderjährige, wie für einen nicht volljährigen, nicht volljährig, das bietet man dem Arbeiter von heute an und spricht dabei von allfälliger Gleichberechtigung, von der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz, von der Vollwertigkeit und Vollgültigkeit aller Staatsbürger! Und mit dem Verfügungsrechte über den Lohn konstatieren man natürlich auch diesen selbst, eskamotiert man wenigstens denjenigen Teil, der zur Deckung der Rentenansprüche dient, direkt vom Lohn. Kann es eine aufsteigende, blutige Charakteristik der Sozialpolitik, wie sie die Herrschenden verstehen, geben, als diese Aufhebung des selbstverständlichen Menschenrechts? Mit dem Angriff auf die Autonomie (Selbstverwaltung) auf die Krankenkassen haben die Gewalthaber verraten, wie weit sie in ihren Schamgängerplänen zu gehen entschlossen sind; haben aber auch die Arbeiter gesehen, um was gewirkt wird. Es ist keine Kleinigkeit, die da auf dem Spiele steht! „Teilhaft ist die Selbstverwaltung; wehe dem, der daran zührt.“

### Steinanschiebungen.

- Nachstehende Baubehörden schreiben Gesteinslieferungen aus:  
Wasserbauamt in Kopenhagen. 1700 Kubikmeter Granitsteinen.  
Pflastersteine von 35 Zentimeter Höhe, Klasse 2.  
Eisenbahnbauabteilung IV in Breslau III. 500 Tonnen Granitpflastersteine 4. Klasse, 1300 Meter Handsteine, 80 Tonnen Decksteine und 400 Tonnen Steinzeug für Bahnhöfe- und Fußwegbefestigungen in Dels.  
Kanalbauamt in Sines a. d. Elbe. Werksteinlieferung für die Brücke Dortmund-Nieffelder in Kilometer 7,3 des Kanals von Datteln nach Hamm.  
Landesbauamt in Posen. Lieferung von 878 Kubikmeter Großpflastersteine und 13 971 Kubikmeter Kleinpflastersteine.  
Generaldirektion in Straßburg. 12 580 Kubikmeter Steinschlag, 2040 Kubikmeter Stein splitter und 970 Kubikmeter Steinzeug.  
Stadtbauamt in Dapje. 880 laufende Meter Granitbordsteine.  
Militärbauamt in Trier. 20 6. Steinmeharbeiten zum Neubau einer Kaserne für das Regiment Jäger zu Pferd Nr. 7 in Trier; rund 170 Kubikmeter Basaltlava für Fenstergewände, Schwellen usw.  
Eisenbahndirektion in Posen. Ausführung und Lieferung von Hartsteinarbeiten (Granit, Kalkstein, Basalt usw.) für den Neubau des Geschäftsgebäudes der Eisenbahndirektion Posen.  
Bauamt des Kreises Nordel in Bochum. Für den Neubau einer achtklassigen Schule Steinzeug- und Plattierungsarbeiten.  
Eisenbahnbetriebsamt I in Dessau. Lieferung von 500 Tonnen Rechenpflastersteinen 2. Sorte.  
Bahnbauinspektion II in Karlsruhe. 380 Stück Eisenbahn- und 2200 Stück Gewanngrenzsteine.  
Baumeister P. Dehler in Saßr. Zum Neubau einer Artilleriekaserne 1/88 in Saßr. Lieferung 70, Schmelzarbeiten für Kammergebäude, Rathaus mit Kalkstein.  
Stadtbauamt in Wittenberge. Lieferung von Granit-treppenkufen zum Rathausneubau.  
Eisenbahnbauabteilung I in Duisburg. 1200 Tonnen Pflastersteine aus Grauwacke.  
Magistrat in Lande in Schlesien. Lieferung von 1120 Kubikmeter Granitpflastersteinen 2. Klasse.  
Wasserbauamt in Mainz. Zur Unterhaltung der Ufer- und Strombauwerke am Main im Staatsjahr 1912: Für die Strecke von Mainz bis Offenbach und von Kellertbach bis zur Mündung rund 1200 Kubikmeter Wasserbausteine in 3 Losen von 250, 500 und 400 Kubikmetern.

### Literarisches.

Geschichte der Steinsekerbewegung von A. Knoll. (Zweiter Teil.) In dem vorliegenden Bande ist die Geschichte der Berliner Steinseker-Gesellschaft, 1782—1899 behandelt. Das Buch schildert die vollständige Lebensgeschichte einer Jungstammesorganisation von der Stunde ihrer Geburt bis zu ihrem Aufgehen in die moderne Gewerkschaftsbewegung. Das letztere vollzog sich bei den Steinsekeren erst zu einer Zeit, als die Arbeiterkraft der meisten andern Industriezweige die kapitalistischen Ideen längst abgestreift hatte. Dadurch war es möglich, die vorliegende Geschichte in so ausführlicher Weise zu schreiben, wie es tatsächlich geschehen ist. Aber auch aus der frühesten Jungstammes der Berliner Steinseker hat der Verfasser ein selten vollständiges Urkundenmaterial aus den verschiedensten Quellen zusammengetragen, ein Material, das weit über den Rahmen des Steinsekerwerkes hinaus von großem Interesse sein dürfte. Abgesehen davon, daß das Buch ein Stück Kulturgeschichte aus dem alten Berlin darstellt, geben die abgedruckten Urkunden zugleich auch Zeugnis von dem mehr impulsive als vorstellbaren volkswirtschaftlichen Wirken eines preussischen absoluten Ständekleinens und kleinlichen Kleinbürgerlebens aus dem Berlin des achtzehnten Jahrhunderts und führt den Leser mitten hinein in einen Abschnitt des sozialen Lebens in Berlin vor 200 Jahren. Einige gute Reproduktionen interessanter historischer Dokumente erhöhen noch den Wert des Buches. Das vorliegende Buch ist der zweite Band der auf insgesamt drei Bände berechneten Geschichte der deutschen Steinsekerbewegung. Der erste und dritte Band sollen in Jahresfrist nachfolgen. Das Werk erscheint im Verlage des Verbandes der Steinseker, Berlin NW. 21, Bielefeldstraße 17.

Genosse Knoll hat das Material zu dem Buche mit einem Bienenstock zusammengetragen und den Stoff sehr geschickt und übersichtlich gruppiert. Besonders fällt auf, daß er in etwa einem halben Jahre das Material gesammelt und in etwa zwei Monaten auch verarbeitet hat. Das macht dem Verfasser nicht so leicht jemand, die Güte des Buches leiden müßte, beim genaueren Studium aber haben wir gefunden, daß dieser Band den kritischen Anforderungen sehr leicht standhält. Wenn Knoll nicht eine so große Portion journalistischer Fähigkeiten von Hause aus besitzen würde, so hätte er seine Aufgabe nicht so schnell lösen können. Das was auch ein großes Stück „Forscherfähigkeit“ geistert. Der Zentralverband der Steinseker lang auf diese literarische Erscheinung sehr hoch zu sein. Das Buch bedeutet eine Perle in der deutschen Gewerkschaftsliteratur. Wenn zunächst der zweite Teil erschien, so hat dies darin seinen Grund, weil im März dieses Jahres der Steinseker-Verbandsstag in Berlin tagte und der zweite Band speziell auf die Jungstammesgeschichte der Reichs- und Provinzial-Verbandsmitglieder zu bedeuten dieses auch eine Ehrung gegenüber der Zahlstelle Berlin. Bemerkenswert ist, daß das Buch in graphischer Hinsicht geradezu musterhaft ausgestattet ist. Besonders geschmackvoll ist auch der Einband hergekehrt.

Der Verband der Bäcker, Konditoren und verw. Berufsgenossen hat für das Jahr 1912 den Geschäftsbericht herausgegeben. Der Bericht ist in musterhafter Weise zusammengestellt. Besonders interessant ist der Teil, der sich mit dem Bericht über die Arbeit der Angehörigen der Organisationsleitung ein großes Geschäft zum gesellschaftlichen Diskutieren hat. Der Bericht ist, und das ist auch ein großer Vorzug, dabei immerhin knapp gehalten. Die diesjährigen Jahreshilfen werden in die hoch nicht eingehend studiert.

In freien Stunden. Eine Wochenchrift, Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, S. m. b. H., Berlin SW. 68. Jede Woche erscheint 1 Heft zum Preise von 10 Pf. Bestellungen durch alle Buchhandlungen und Kolportage.

In Mittelfranken, wo durchgängig für das Vertragsgebiet und für die Vertragsdauer 7 Pfg. Vollerhöhung gefordert werden, wurde für 10 Pfg. um Befestigung einer unteren Lohnstufe für 1914 und 1915 je 1 Pfg. Vollerhöhung ausgedrückt. In Thüringen, wo der Lohn der Maurer zurzeit 60 Pfg. und der für Hilfsarbeiter 36 Pfg. beträgt, wurden geboten 40-50 resp. 25-30 Pfg. Es wird also eine Herabsetzung des Stundenlohnes verlangt. In 10 weiteren Orten, darunter auch in Nürnberg, werden 3 Pfg. geboten. In 4 Orten werden für 1914 und 1915 je 1 Pfg. geboten. Dazu gehört auch Erlangen. In einem Ort wurde eine Vollerhöhung abgelehnt. Die Arbeitszeitverkürzung wird außer in 3 Orten, wo die vollständige Wochenlohnung wird, in allen Orten von den Unternehmern abgelehnt. In Regensburg a. N. werden 6 Pfg. und in Weidenburg i. B. 5 Pfg. Vollerhöhung geboten und ist man sich bis auf Kleinigkeiten einig. In S. B. d. B. ist bisher nur in München verhandelt worden. Die Unternehmer sind über eine Erklärung, demnach mit ihren Mitgliedern über eine Vollerhöhung Rücksprache nehmen zu wollen, nicht hinausgekommen. Die weiteren Verhandlungen finden am 19. April statt, ausgerechnet an dem Tage, wo die örtlichen Verhandlungen beendet sein sollen.

### Die Pflastersteinindustrie im badischen Schwarzwald.

Während man im vorigen Jahre zur Zeit des Seebacher Streiks nicht mehr wußte, wo man sich um Arbeit hinwenden sollte (einige Kollegen reisten sogar in die Schweiz), ist in diesem Jahre eine völlige Wende eingetreten. Außer der Firma Thiele in Seebach, die auch den Betrieb Neufach innehat und teilweise auch Abnehmer in Pflasterstein ist, beschäftigt sich nun nach einer Abwanderung mit dem Sitz in Haslach mit der Pflastersteinindustrie. Sie hat zurzeit schon in ihren Werken Hornberg und den Kapplerwald ziemlich Leute beschäftigt. Kürzlich hat nun auch die Firma Wehr Thiele den Betrieb der Süddeutschen Granitwerke Kandel angekauft und dürfte für die Zukunft dieser Betrieb, der schon lange Zeit sehr flau lief, auch wieder einen besseren Aufschwung nehmen.

Außer diesen Betrieben war noch Dehlein immer ein Zufluchtsort für arbeitsuchende Kollegen, doch scheint die letzte Umsiedlung, abgesehen auf die Arbeiter gewirkt zu haben, sowie das „Königliche“ Material, das auch noch immer größtenteils wird, so daß auch der Verdienst zurückgeht. Trotzdem nun ein neuer Tarif abgeschlossen wurde und zwar auf friedlichem Wege, der einige Verbesserungen enthält, ziehen die Kollegen es vor, anderweitig Arbeit zu nehmen.

Außer den schon erwähnten Betrieben kommt nun noch der des Herrn A. Ortner hinzu, der in Tegernau bei Schopfheim einen Bruch unterhält. Nun wäre noch Tiefenbach zu nennen, wo Herr Imenperger einen Bruch eröffnet hat, der aber jetzt noch von keiner Bedeutung ist, aber gute Aussicht aufweist.

Der Schwarzwald verspricht nun angesichts dieser Tatsachen für die Kollegen wieder ein Zufluchtsort zu werden. In den Betrieben Seebach und Neufach ist ein Tarif abgeschlossen, in Dehlein ebenfalls. In den übrigen Betrieben haben es die Kollegen in der Hand, Gutes und Vorteilhaftes zu schaffen, zumal in Kandel, wo die Preise noch sehr niedrig sind.

Also! Auf, Kollegen, hinein in den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands (Sitz Leipzig), denn nur durch geschlossene Kraft der Organisation kann das Gute erhalten und das Schlechte besser gemacht werden. J. A.

### Mittelalterliches aus der Gegenwart

Kürzlich klagte der Vater eines am Dombau zu Köln beschäftigten Steinmetzlehrlings vor dem Gewerbeamt. Die Sache hat aber eine Vor- und eine Nachgeschichte, die wert sind, einer Beleuchtung unterzogen zu werden. In der sogenannten Dombauhütte werden keine organisierten Arbeiter gebildet. Auch sonst herrschen dort Gepflogenheiten, die an eine längst vergangene Zeit erinnern. Das Nähere wird sich aus dem Folgenden ergeben: Der Vater des Lehrlings hat die Gewohnheit, die ihm unterstellten Steinmetzlehrlinge mit gewissen dem Tierreich entnommenen Namen zu belegen. Kürzlich nannte er den Ältesten der Lehrlinge, einen 19-jährigen jungen Mann, einen „Hochjungen“. Dieser vertrat ihm mit Recht eine solche Behandlung für die Zukunft. Der Vater meinte das dem Dombaumeister und sagte weiter, der Lehrling habe ihm mit der geballten Faust gedroht. Das letztere wird von dem einzigen zugegen gewesenen Zeugen als unwahr bezeichnet. Die Meldung, daß der Lehrling einen kräftigen Bärenschrei von der Hand des Dombaumeisters ein. Der Lehrling wollte sofort Anzeige wegen Mißhandlung erstatten; es wurde ihm darauf erklärt, daß er entlassen sei und die Dombauhütte nicht mehr betreten dürfe. Als der Lehrling sich hierauf entfernen wollte, sah der Dombaumeister an dessen Kopf eine Vorstecknadel, und er verlangte, daß der Lehrling sie sofort abgebe. Als der sich dessen weigerte, wurde sie ihm weggenommen. Erst nach einigen Tagen, nach Aufforderung durch eingeschriebenen Brief von Seiten des Vaters, gab der Dombaumeister die Nadel zurück. Es handelt sich um ein Abzeichen des Arbeiterturnvereins, das dem Bruder des Lehrlings gehört.

Es kam zu einer Klage auf Fortsetzung des Lehrverhältnisses bis zum Ablauf der vereinbarten vier Jahre, an denen noch einige Monate fehlten. In der Verhandlung vor der Vergleichskammer des Gewerbeamtes wies der Vater auf die eigenartigen Verhältnisse in der Dombauhütte hin; es fand dort vier Poliere bei elf Gesellen und drei Lehrlingen tätig, was Reibereien unter den Polieren zur Folge hat, und eine solche ist auch die unmittelbare Ursache zu dem Vorkommnis zwischen dem Vater und dem Lehrling. Es kam auf Vorschlag des Gewerbeamtsvorsitzenden zu einer Verständigung dahin, daß der Vater an die Dombauverwaltung ein schriftliches Gesuch um Wiederanstellung des Sohnes zur Vollendung seiner Lehre machen sollte. Der Vater sandte das Gesuch, das in überaus höflicher Form gehalten war und bezüglich des künftigen Verhaltens des Lehrlings die weitestgehenden Zusicherungen machte, auch zum Widerruf gegenüber dem Vater des Sohnes bereit erklärte, ein usw.

Hierauf erstattete der Vater von dem Herrn Dombaumeister, der sagte, bei ihm wäre nur zu bitten, nicht zu erlösen, einen Brief, der wert ist, im Wortlaute abgedruckt zu werden. Das Dokument lautet wie folgt:

Auf das Schreiben vom 12. d. M. erwidere ich Ihnen ergebenst, daß ich auf Ihre Bitte hin zur Wiederanstellung Ihres Sohnes zur Vollendung seiner Lehrezeit in der Werkstätte der Königl. Dombauverwaltung unter nachstehenden Bedingungen bereit bin:

1. Sie haben die gegen mich persönlich sowohl am 6. d. M. auf dem Bureau der Königl. Dombauverwaltung in Gegen-

wart von Zeugen als auch am 11. d. M. in der öffentlichen Sitzung der Vergleichskammer des Königl. Gewerbeamtes erhobenen Anschuldigungen und Forderungen mit dem Ausdruche des Bedauerns schriftlich zurückzunehmen.

2. Sie haben die gegen den Vater Herrn Schröder am 6. und 11. d. M. an den gleichen Stellen ausgesprochenen Anschuldigungen und Forderungen mit dem Ausdruche des Bedauerns schriftlich zu widerrufen.
3. Ihr Sohn hat sowohl den Vater Herrn Schröder als auch mich wegen seines grob ungebührlichen und trotzigen Betragens um Verzeihung zu bitten, und zwar in Gegenwart der sämtlichen Werkleute der Kgl. Dombauverwaltung.
4. Ihr Sohn muß sofort aus dem Arbeiterturnverein austreten und sich verpflichten, daß er während seiner Lehrzeit weder dem Verein beitreten, noch auch nur einer Versammlung dieses Vereins beizuwohnen will. Ferner hat er sich zu verpflichten, ohne meine besondere Erlaubnis während seiner Lehrzeit weder irgend einem andern Verein beizutreten oder eine Versammlung zu besuchen. Er hat ausdrücklich zu erklären, Ihnen und ihm sei es bekannt, daß er bei Verletzung dieser Verpflichtung ohne weiteres aus der Lehre sofort entlassen wird.
5. Ihr Sohn hat in Gegenwart der sämtlichen Werkleute der Dombauverwaltung zu versprechen, daß er von jetzt ab seinen Vorgesetzten stets mit Achtung entgegenkommen, ihnen folgsam und gehorsam sein und sich in der Werkstätte und auch außerhalb derselben eines anständigen Lebenswandels befleißigen will.

Nach Erfüllung der unter 1 und 2 enthaltenen Bedingungen und nach Abgabe des nach § 11 des Lehrvertrags einzuhaltenden Betrags von 75 Mk. an den Herrn Dombaumeister Schröder werde ich Ihrem Sohne eine Zeit bestimmen, zu welcher er seinerseits die Bedingungen 3 bis 5 erfüllen kann.

Der Dombaumeister von Köln.  
Dietel.

### Königlicher Regierungs- und Bauamt.

Der Vater war empört über dieses Ansinnen, das dem Befehl eine direkt unwürdige Rolle zuwies, und zwar Deuten gegenüber, von denen der eine ihn ins Gesicht geschlagen, der andre ihn mit den größten Schimpfworten bedacht hatte. Der Vater lehnte für seinen Sohn die Demütigung ab und klagte aufs neue am Gewerbeamt. Dort vertrat der Dombaumeister die Zuständigkeit des Gewerbeamtes, weil die Dombau-Werkstätte kein Gewerbebetrieb im Sinne des Gesetzes sei. Tatsächlich werden dort aber viele Steinmetzarbeiten hergestellt, die durchaus nichts mit dem Dombau zu tun haben; dennoch wurde die Klage wegen Unzuständigkeit abgewiesen. Der Vater hatte indes keine Rettung, gegen einen Regierungs- und Bauamt die ordentlichen Gerichte in Anspruch zu nehmen, obwohl er in deren Unbefangenheit keinen Zweifel setzt. Der Vater zieht vor, auf die Fortsetzung des Lehrverhältnisses zu verzichten und im übrigen der Dombauhütte das Urteil zu überlassen.

Was nun das Betragen des Lehrlings angeht, so glaubte der Vater, gut zu tun, sich dieserhalb einmal bei Deuten zu erkundigen, die am allerersten darüber Auskunft geben könnten, und so erfuhr er von dem kleinen Sohn in der Lehre unterweisenden Vater S., daß sich der junge Mensch nicht anständig und ordentlich betragen habe. Ein älterer Steinmetzgeselle bestätigte das, und ein Hilfsarbeiter behauptete, daß der Lehrling den Vater S. anständig angeredet und diesem nicht mit der Hand gedroht habe. Es sei weiter noch mitgeteilt, daß der Lehrling in der Fortbildungsschule zweimal mit einem Diplom und im letzten Jahre mit einer Prämie ausgezeichnet wurde. Die Verpflichtung zu einem „anständigen Lebenswandel“ war diesem Lehrling gegenüber mehr als deplaciert. Und die Demütigung vor unteiligen Personen, die mit den Kollegen gar nichts zu tun hatten, würden zudem zur Folge gehabt haben, daß man den jungen Mann künftig derart gehandelt hätte, daß seine Stellung geradezu unerträglich geworden wäre.

Der Geist, der aus dem Vorgehen und dem Schreiben des Dombaumeisters spricht, mag zu einer Zeit verständlich gewesen sein, wo man mit dem Bau des Kölner Doms begann, also vor etwa 150 Jahren. In der gegenwärtigen Epoche gehört er belletrische Nicht. Der Steinmetzlehrling hat nun aber anderwärts trotzdem sofort als Gefelle Arbeit bekommen. — Das Regiment, welches in der Dombauhütte geführt wird, scheint mehr als streng zu sein. —

### Korrespondenzen.

Berlin. Der Zwischenunternehmer Engler, Culmbrode, bedient sich, wahrscheinlich, um Klammern für sein Geschäft zu machen, der sonderbarsten Mittel. Am Mittwoch bestellte er sechs Steinmetzen. Als dieselben am Donnerstag früh erschienen, um bei ihm in Arbeit zu treten, wies er sie kurzerhand ab und legnete, überhaupt jemand bestellt zu haben. Der Betrieb ist als gesperrt zu betrachten, falls Herr Engler wirklich einmal Steinmetzen gebrauchen sollte. — In ähnlicher rückfälliger Weise gehen übrigens mehrere Unternehmer und Poliere mit den arbeitslosen Kollegen um. Um ihren Bedarf an Arbeitskräften jederzeit decken zu können, bestellen sie die entsprechenden Arbeitslosen fortwährend wieder zu sich hin, um gegebenenfalls dann „den rechtzeitigen Kommen“ einzustellen, während die übrigen ihre nutzlose, Geld und Zeit kostende Wanderung wieder fortsetzen. Eine geregelte Arbeitsvermittlung wäre hier dringend notwendig. Solange eine solche nicht besteht, werden wir uns darauf beschränken müssen, wie im Falle Engler den größten Mißbräuchen entgegenzutreten.

Witten (Bezirk Bischofswerda). Die am 30. März stattgefundene Versammlung war sehr stark besucht. Ueber das Thema: Der kulturelle Wert der Gewerkschaften referierte Kollege Staudinger. Er gab in großen Umrißen, häufig von Beifallsstundgebungen unterbrochen, ein Bild, wie sich durch die gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit der Geist der Solidarität innerhalb der Arbeiterschaft gehoben hat. Heute repräsentieren die Gewerkschaften eine große wirtschaftliche und kulturelle Macht. Redner zeigte, wie noch vor einigen Jahren die Lauffer Steinarbeiter durch die eigene Uneinigkeit den Unternehmern in allen wirtschaftlichen und beruflichen Dingen ausgeliefert waren. Wie erfreulich sehe es dagegen heute aus, wo der Tarifabschluß das Selbstvertrauen der Kollegen so mächtig gestärkt habe. — In der Diskussion wurde mitgeteilt, daß sich unsere Reihen durch Abschlüsse wieder gestärkt hätten; weitere Neuansetzungen ständen bevor. Der Vorsitzende appellierte an die Arbeitsfreudigkeit der Kollegen, damit in agitatorischer Beziehung alles getan werde, um hier ein festgelegtes Volkswerk für den Steinarbeiterverband zu schaffen. Mit einem begeisterten Vor, auf unsern Verband wurde die agitatorisch sehr wirkende Versammlung geschlossen.

Guben. Am 28. März fanden hier Tarifunterhandlungen mit den Arbeitgeberern statt, die zum Abschluß eines Tarifs führten. Herr Vos, Vorsitzender der Ortsgruppe Guben des Arbeitgeberverbandes, äußerte, bevor Unterhandlungen angebahnt waren, den Wunsch, den Gaultier mit zu den Unterhandlungen hinzuzuziehen, damit der zu beratende Tarif von Organisation zu Organisation abgeschlossen werden kann. Ein solcher Wunsch, dem gern stattgegeben wurde. Die Verhandlungen waren äußerst ruhig und sachlich, da von beiden Seiten jede persönliche Spitze vermieden wurde. Der Tarif wurde auf drei Jahre abgeschlossen. Erreicht wurde 47 Pfg. Minimallohn die Stunde für Steinmetzen (bisher 45 Pfg.), steigend pro Jahr um 2 Pfg.; für Bau- und Straßenarbeit 5 Pfg. die Stunde mehr. An Zuschlägen werden bezahlt: für Überstunden 5 Pfg., für Nacht- und Sonntagsarbeit 20 Pfg. die Stunde mehr, ebenso wurde die Montagsarbeit geregelt. Es ist dies der erste Tarif, der in Guben abgeschlossen wurde und für sämtliche Unternehmer bindend ist. — Auf Vorschlag des Kollegen Ohngemach fand dann der Tarif einstimmige Annahme. Die Kollegen sind erfreut, daß sich die Lohnbewegung so glatt erledigt hat.

Hasserode. Anfang dieses Jahres bekam das Granitwerk Steinerne Renne wieder einmal einen Betriebsdirektor, Herrn Auf aus Berlin. Nachdem er sich mit der Leitung der Zahlstelle Hasserode in Verbindung gesetzt hatte, um die Lohnfrage zu regeln, war

sein erstes Werk, das er vollbrachte, den Schleifern die Löhne um etwa 20 Prozent zu revidieren; doch wurde diese Angelegenheit wieder geregelt. Solange wie Herr Auf die Leitung des Granitwerks in Händen hat, sind unter seinem Wertmeister Barisch aus Berlin Zustände eingetreten, welche die Arbeiter als Schikaneurien auflassen. Morgens, wenn die Arbeit beginnt, werden sämtliche im Lohn beschäftigten Arbeiter aufgerufen; ein jeder hat laut und deutlich „hier“ zu antworten und wird natürlich von Herrn Barisch gemustert, ob er nicht für einen andern Kollegen beantwortet hat. „Ich schreibe Ihnen von 8 Uhr ab.“ Er kann also 1/2 bis 1 Stunde warten. Mit dem Hausmeister und bei der Hande lassen ist Herr Barisch immer bei der Hand; das hat dieser ehemalige Kollege jedenfalls in Berlin gelernt.

Am Montag, 31. März, wurden nun die Kollegen vorfristig Mittags war jedoch niemand zu sprechen und so gingen sie nun während der Arbeitszeit los; dafür wurden sie beleidigt. Der fußmächtige Leiter des Granitwerks, Herr Padelt, sagte einem Kollegen: „Wenn ich Ihnen sage, was ich von Ihnen halte oder denke, würden Sie mich ohne weiteres verklagen.“ Als Herr Auf um 5 Uhr ankam, wurde die Besichtigung noch besser. Herr Auf ging natürlich los, in seiner Wut konnte er keine Grenzen: „Ihr Betrag um 5 Pfg. die Stunde, das ist die Besichtigung noch besser.“ „Ich habe mich nicht um die dummen Fingern, was untersteht ihr euch, ihr Hunde.“ „Wo dieser Herr berattige Rosenamen in Berlin studiert hat, entsetzt sich unfer Kenntnis; trotzdem unterstehen sich diese Herren noch zu sagen, die Arbeiter Westdeutschlands wären anständiger, wie die Hasserode. Jedenfalls glaubt die Hasserode Arbeiter, daß die Arbeiter Deutschlands überhaupt anständiger sind wie die Herren, welche die Arbeiter „Hunde“ titulieren. Die Steinmetzen quittieren, indem sie ihr Werkzeug abgeben. Dafür, daß sich die Steinmetzen solche Beleidigungen nicht gefallen lassen wollten, will man sich rächen. Zwei Kollegen, ein Schleifer und ein Marmorleger, wurden auf die Straße gesetzt. Dem Schleifer wurde am Abend vorher vom Meister Barisch gesagt: „Heute abend haben Sie die Löhne zum letztenmal angehoben.“ Am andern Morgen um 9 Uhr mußte dieser Kollege mit dem Marmorleger zusammen, der zur Kommission gehörte, einen Arbeitsmangel angeben! Die Arbeiter im Granitwerk sind hierüber außer sich; und werden hierfür dankbar quittieren. Die Lohnfrage ist bis heute noch nicht geregelt, denn nachdem Herr Direktor Auf mit der Organisation der Steinarbeiter, der Gaultier war mit anwesend, einen Tarif ausgearbeitet hatte, wurde der Vorstand des Granitwerks „krank“. Die Angelegenheit sollte nun gleich nach Ostern geregelt werden; als wir nun aufdrückten, wurde der Vorstand „schwerkrank“, bis endlich am Mittwoch, den 2. April, dieser Herr sich hierher fand, um die Auskunft zu geben, daß der Bezirksverband die Lohnfrage mit regeln würde. Wir mußten, daß der Tarifabschluß verschleppt werden sollte, konnten aber wegen besorglicher Umstände nicht zugreifen. Die Kollegen sind bis auf den letzten Mann organisiert. Die Leitung des Granitwerks ist nun bereit, sich Steinmetzen aus Sachsen und Böhmen heranzuziehen. Die Steinarbeiter von Hasserode erwarten nun von den Kollegen Deutschlands, daß sie uns in diesem Kampfe unterstützen und Arbeitsangebote nach Hasserode glatt ablehnen. Jedenfalls wird versucht, durch Agenten Steinmetzen und Schleifer anzuwerben.

Magen. Eine gewaltige Versammlung der Steinarbeiter des Magener Basaltabbaubetriebs tagte am 1. April im großen Antersaale, um den Bericht der Tarifkommission entgegenzunehmen. Kollege Hermann eröffnete die Versammlung und erläuterte den Zweck derselben. Sekretär Kall behandelte den ganzen Gang der Verhandlungen. Es wurde festgestellt, daß in der Gegenwart der Unternehmer 40 minimale Beschäftigungen aus 51 Beschäftigungen, teilweise bis zu 20-30 Prozent, entfallen sind. Die Tarifkommission der drei Verbände und die Versammlung ist sich damit einig geworden, als Grundlage für den Tarif bis fünf Hauptforderungen festzuhalten: 1. Die Löhne der Steinmetzen und Tagelöhner dürfen im Winter nicht reduziert werden. 2. Für Schrotten sollen 20 Pfg. pro Meter vergütet werden. 3. Profile an allen Werksteinen werden nach der Tabelle bezahlt. 4. Mühlsteine werden im Tagelohn ausbezahlt. 5. Der Mindestlohn für Pflasterer 1. Sorte beträgt 2,80 Mark. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 1. April im Antersaale zu Magen sehr zahlreich versammelte Arbeiter nehmen Kenntnis von den Verhandlungen ihrer Lohnkommission mit dem Verein der Basaltabbauberke betreffend Abschluß eines neuen Tarifvertrags, und erklären sich mit der bisherigen Haltung ihrer Vertreter einverstanden. Die Versammlung beauftragt, daß die Organisation der Arbeiter den maßvollen und berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter in den wichtigsten Punkten so wenig entgegenkommen gezeigt hat. Dies um so mehr, als feststeht, daß die Lage der Arbeiter eine sehr gebrochene ist, worunter auch die ganze Geschäftswelt empfindlich zu leiden hat.

Die Versammlung erwartet daher, daß die Arbeitgeberorganisation erneut mit den Vertretern der Arbeiter in Verhandlungen tritt und mit diesen in den kritischen Hauptforderungen eine annehmbare Regelung herbeiführt. Sollte der Verein Basaltabbauberke bei den neu aufzunehmenden Verhandlungen bezüglich der kritischen Hauptpunkte kein weiteres Entgegenkommen zeigen, so beauftragt die Versammlung die Vertreter der drei Arbeiterorganisationen, das Gewerbeamt als Einigungsamt anzurufen.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Sollte keine Einigung erzielt werden, so war die Versammlung der Meinung, zur letzten Waffe, zur Arbeitsunterbrechung, zu greifen. Die Versammlung war von etwa 1000 Kollegen besucht. Mit einem kurzen, aber martigen Schlußwort schloß der Leiter der Versammlung, Kollege Herrmann, mit einem Hoch auf die Einigkeit der Versammlung.

Mohrloch. Hier tagte am 27. März eine stark besuchte Versammlung, um Stellung zu dem Gebaren des Herrn Posters Mathes zu nehmen. Es handelte sich darum, daß der Einstellungsmodus dieses Herrn ein ganz eigenartiger ist. Die Debatte über diesen Punkt war eine sehr reichliche, und es wurde darzulegen, daß bisher bei der Firma Mathes doch immerhin sehr annehmbare Verhältnisse geherrscht hätten. Soll nun das auf einmal anders werden? Folgende Resolution gelangte zur Annahme:

Die heute in Mohrloch tagende Steinarbeiterversammlung betrachtet die Maßnahmen der Betriebsleitung als ein die Arbeiter provozierendes Vorgehen, welches beweist, daß das bisherige gute Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter beseitigt wird und ein Zustand geschaffen wird, der sicher nicht im Interesse der Firma liegt. Die Anwesenden verpflichten sich, dafür zu sorgen, daß die Betriebsleitung ihre Taktik nicht zur Durchführung bringt. Die Arbeiterschaft ist nicht gewillt, derartiges über sich ergehen zu lassen.

Nach einem Schlußwort des Gaultiers wurde die ziemlich frühzeitig verlaufene Versammlung geschlossen.

Saalfeld. Am 5. April tagte hier eine Mitgliederversammlung, zu der Gaultier Kollege Wolf erschienen war. Derselbe hielt uns einen Vortrag über Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände. Er legte den Kollegen klar, was die Arbeiter von den Schachmattorganisationen zu halten haben und wie nur eine gut organisierte Arbeiterschaft ein Bollwerk gegen die Machenschaften der Unternehmer bieten könne. Seinen höchst interessanten Ausführungen wurde lebhafter Beifall gezollt. Die Abrechnung gab Kollege Feig, die Kassengeschäfte wurden von den Revisoren in bester Ordnung gehalten. Zum 1. Mai wurde ein Ausflug nach Saalfeld beschlossen mit darauffolgender Versammlung. Im Punkt Verschiedenes wurde vom Gaultier die Volkssfürsorge besprochen und die Kollegen aufgefordert, die Lebensversicherungen zu meiden und sich nur in der Volkssfürsorge zu versichern. Mit einem Appell, die Einigkeit unter den Kollegen zu fördern, wurde die Versammlung geschlossen.

Treßden. Am 5. April fand eine Versammlung der Steinarbeiter statt. Von der Zentraleitung war Kollege Theodor Koch erschienen. Derselbe hielt einen Vortrag über das Thema: Klassen-

